

Neuzeit

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 1.10 Mark pro Monat, 11.00 Mark pro Jahr, 1.10 Mark pro Quartal.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
 Abonnement: 1.10 Mark pro Monat, 11.00 Mark pro Jahr, 1.10 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungswirtschaft für 1902 unter Nr. 7878.
 Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Zeile, je nach der Wichtigkeit der Anzeigen, 10 bis 20 Pf. für die erste Zeile, 5 bis 10 Pf. für die übrigen. Die Expedition ist an Werktagen von 7 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 7. Oktober 1902.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Schulvorlage und Parteipolitik.

London, 1. Oktober.

Die Zahl und die Tragweite der politischen Fragen, die im letzten halben Jahre dem englischen Volk gestellt wurden, sind fast unübersehbar, jedoch wird keine mit soviel Leidenschaftlichkeit diskutiert wie die Frage der Neugestaltung der Volksschule. Sie wurde eröffnet durch die im März 1902 eingebrachte Schulvorlage und riefte in den letzten Wochen in den Vordergrund des innerpolitischen Lebens. Sie entfachte einen heftigen Kampf zwischen der Hochkirche und den Konfessionslosen (Sekten) und zwischen den Konservativen und Liberalen, so daß die Existenz der Regierung gefährdet ist. Die Schulvorlage hat hier die gleiche Bedeutung wie der Zolltarif in Deutschland. Hier wie dort stellen sich die Konservativen, Anglikaner und Katholiken dem Fortschritte des arbeitenden Volkes entgegen; in beiden Ländern werden diese Fragen wahrscheinlich in den parlamentarischen Wahlen des nächsten Jahres ausgefochten werden. Die Schulvorlage ist aber auch deshalb wichtig, weil der um sie tobende Kampf eine gute Gelegenheit bietet, in das Wesen und die Triebkräfte der inneren Politik Englands einzudringen.

Wie bekannt, lag das englische Volksschulwesen bis zum Jahre 1870 fast vollständig in den Händen der kirchlichen Körperschaften. Staat und Gemeinde hatten mit der Verwaltung des Volksschulunterrichts nichts zu thun. Die Schulkosten wurden teils durch freiwillige Beiträge und Stiftungen der Bürger, teils durch staatliche Zuschüsse bestritten. Die Schulen waren also freiwillige Einrichtungen. Nach der zweiten Wahlreform vom Jahre 1888, die der großen Mehrzahl der städtischen Arbeiter das Stimmrecht gab, begann man auch dem Volksschulwesen größere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Denn es hatte sich gezeigt, daß die Kirchenschulen nicht im Stande waren, den wachsenden pädagogischen Anforderungen Genüge zu leisten. Die Zahl der des Schreibens und Lesens Unkundigen war eine sehr beträchtliche. Es kam auch vor, daß Lehrer kaum des Lesens mächtig waren, denn das Auswendiglernen des Katechismus war der Hauptgegenstand des Unterrichts. Unter solchen Umständen wäre es gewiß das Beste gewesen, reine Arbeit zu machen, d. h. die Kirchenschulen ganz zu beseitigen und das Erziehungswesen zu verstaatlichen, oder wie man in England sagt, zu nationalisieren. Das Schulgesetz ging jedoch nicht soweit. Es ließ die Kirchenschulen bestehen, sorgte aber dafür, daß in jedem Distrikt genügend Schulen für die schulpflichtigen Kinder vorhanden sind. Die neuen Schulen sollten auf Kosten der Gemeinde gebaut, von den Gemeindefiskus und staatlichen Zuschüssen erhalten und von den Gemeindefiskusmitgliedern periodisch gewählten Schulkommissionen (School Boards) unterstellt werden. Um den verschiedenen Konfessionen gerecht zu werden, sollte der Religionsunterricht sich auf die allgemeine christlichen Grundzüge beschränken, d. h. Katechismus und Dogmen, die die einzelnen Konfessionen von einander unterscheiden, sollten vom Lehrplan ausgeschlossen sein.

Wir haben demnach in England (außer Schottland und Irland) zwei Arten von Volksschulen: 1. Die freiwilligen Kirchenschulen (Voluntary Schools), erhalten durch freiwillige Gaben und staatliche Zuschüsse; 2. die modernen Gemeindefiskus (Board Schools), erhalten durch Gemeindefiskus und staatliche Zuschüsse. Im Jahre 1902 gab es 14 294 Kirchenschulen, davon gehörten 11 781 der Hochkirche (anglikanische Staatskirche, in der romanisierende Reigungen immer stärker hervortreten), 1510 der Konfessionslosen (Sekten) und 1003 der römisch-katholischen Kirche; diese Schulen wurden von 2 482 372 Kindern besucht. Gemeindefiskus gab es 5801 mit 2 259 290 Kindern. Die Mehrzahl der englischen Kinder wird also in geistig reichhaltigen Schulen erzogen. Dies ist eine wichtige Tatsache, mit der bei Beurteilung der Schwierigkeiten der englischen Socialdemokratie gerechnet werden muß. In früheren Jahren stand es selbstredend mit der Volksschulbildung noch viel schlimmer. Aber noch in der ersten Septemberwoche 1902 kam es in Southwark (im Süden Londons) vor, daß bei einer Auslösung zu einem Geschworenengericht mehrere der Geschworenen weder lesen noch schreiben konnten!

Seit dem Erlaß des Schulgesetzes von 1870 zeigt das englische Volksschulwesen folgende Entwicklung: Die modernen Gemeindefiskus nehmen an Umfang und erzieherischer Tüchtigkeit zu, während die Kirchenschulen verhältnismäßig an Boden verlieren. Denn die Gemeindefiskus sind erstens finanziell besser gestellt; zweitens sind sie ihrem ganzen Wesen nach — als Konkurrenzschulen gegen die kirchlichen Institute — freier und dem Fortschritte geneigt; drittens haben sie Socialreformer und ehrliche Demokraten verstanden, sich der Schulkommissionen zu bemächtigen und die Volksschule zum Vortrieb der Arbeiterklasse auszubauen. So wurden die höheren Stufen zur Mittelschule gemacht; für diese Klassen wurden tüchtige und idealistisch angelegte Lehrer ausgesucht, die alle Freigepädagogik beiseite legten, den Kindern als Freunde gegenübertraten und sie in die klassischen Sprachen, in die Mathematik und Naturwissenschaften einführten. Es herrschte in diesen Klassen kein Zwang; gegenseitige Achtung und Liebe erwiesen sich als die beste Disziplin. Die Schulkommissionen machten sich auch zum Grundsatze, bei Neueinrichtungen und Schulbauten nur Gewerkschaftler zu beschäftigen. Diese demokratische „Verschwörung“ dauerte einige Jahre. Bei der Lösen, decentralisierter Organisation Englands sind derartige Verschwörungen leicht möglich. Auf derartigen Möglichkeiten beruhte z. B. ein großer Teil der Politik der Fabier-Gesellschaft, ebenso die Illusion, daß es in England keinen Klassenkampf gebe. Natürlich wurde eine derartige socialpolitische Romantik durch den großen Reichtum Englands erleichtert.

In den letzten zwei oder drei Jahren trat aber im britischen Leben eine Reaktion ein. Ein der Folgen war, daß die herrschenden

Klassen einen gewissen Verdacht gegen die Gemeindefiskus schöpften, sie wurden vorfichtiger; die Kritik setzte ein. Draufhin Ausdruck fand diese Kritik in der plötzlichen Weigerung des Regierungskontrolleurs Mr. Codrington, für Schulausgaben aufzukommen, die über den eigentlichen Elementarunterricht hinausgingen. Die Schulkommissionen strengten einen Prozeß an, der von allen Instanzen zu Gunsten der Regierung entschieden wurde.

Daß die Unzufriedenheit gegen die Gemeindefiskus eine Folge der eingetretenen Reaktion ist, läßt sich dokumentarisch nachweisen. Der Tory-Demokrat Sir John Gorst, Unterrichtsminister der konservativen Regierung, erklärte in einer öffentlichen Versammlung in Bristol: „Ich erwarte nicht viel von der Schulreform, da die Mitglieder der Regierung einer Klasse angehören, die einen höheren Volksschulunterricht weder für notwendig, noch für wünschenswert hält. Diese Regierungsmitglieder halten es mit manchen großen Professoren, daß es in der modernen Gesellschaft gewisse Funktionen gibt, zu deren Ausführung man unwillende und brutale Leute braucht.“ (Fortnightly Review, Dezember 1901.) Kein Wunder, daß der christliche Geist bei der Umgestaltung des Kabinetts im August 1902 von seinem Freunde Arthur J. Balfour (Premierminister), aus Amt und Würden gesagt wurde. Die skandalöse Entlassung Gorsts war der Preis, den Balfour an die englische Oligarchie zahlen mußte. Und vor ungefähr einer Woche erzählten die „Times“, daß Sir Theodor Morlin erklärte: „Das Schulgesetz von 1870 hatte unglückliche Folgen. Die neue Schule hat dem Volke das Sanfte seiner Sitten genommen, seine Moral geschwächt und ihm eine falsche Bildung gegeben. Eine solche Demokratie, zur politischen Macht gelangt, ist eine große Gefahr für das Land. Die neue Schulvorlage hat den Zweck, dieser Demoralisation Einhalt zu thun.“ Sir Theodor Morlin ist ein intimer Freund des Premierministers R. A. J. Balfour.

Dieser ganze Kampf gegen die neue, im Jahre 1870 geschaffene Schule ist eine wertvolle und genaue Parallele zum Kampfe gegen den Trades-Unionismus. Von dieser Feindschaft gegen die moderne Volksschule ist die Schulvorlage geleitet. Sie bezweckt: 1. Die Verstaatlichung der Schulkommissionen und die Uebergabe der Schule an die Lokalbehörde, die in der Auflegung von Gemeindefiskus für Bildungszwecke sehr vorsichtig sind; 2. die Sicherstellung der Kirchenschulen, indem ihnen die Gemeindefiskus zur Verfügung gestellt werden sollen, ohne jedoch die kirchliche Schulverwaltung einzuschränken. — Die Absicht dieser Bill liegt klar zu Tage. Die Regierung will erstens die der herrschenden Klasse gefährlichen Gemeindefiskus finanziell schwächen; zweitens die Kirchenschulen stärken, so daß sie nicht mehr von freiwilligen Spenden abhängig sind. Gegen den zweiten Punkt richtet sich die leidenschaftliche Agitation der Konfessionslosen und Liberalen. Sie verlangen, daß auch die Leitung der Kirchenschulen in die Hände der Gemeinde gelegt werde. Oder deutlicher: sie verlangen eine Verwindung der Kirchenschulen in Gemeindefiskus, da sie nunmehr ganz aus öffentlichen Mitteln unterhalten werden sollen. Die Opposition hat sowohl einen religiösen wie demokratischen Charakter. Die Sekten weigern sich, Geldbeiträge für die Aufrechterhaltung der Staatskirche zu liefern. Die Liberalen berufen sich auf den alten demokratischen Grundsatz: Keine Steuern ohne Volksschulkontrolle. Der Kampf ist ein ungemein heftiger, da er von dem traditionellen englischen Stiefel getragen ist. Im ganzen Lande finden Demonstrationen statt, die von Hunderttausenden von Bürgern besucht sind und mit Steuerverweigerung drohen. Die Regierung ist sich bewußt, daß dies keine leeren Drohungen sind. Viele Tausende von Engländern sind entschlossen, eher ins Gefängnis zu gehen, als Steuern zu zahlen für die anglikanische Staatskirche, die noch dazu von romanisierenden Reigungen durchsetzt ist. Auch die liberalen Unionisten, die seit 1886 mit den Konservativen zusammengehen, beginnen sich gegen die Schulvorlage zu erklären.

Wie groß die Macht einer entschlossenen Minderheit in einem demokratischen Lande ist, zeigt sich jetzt deutlich in England. Balfour hat eine solide parlamentarische Mehrheit für seine Schulvorlage, da die Iren, dem Befehle der katholischen Kirche folgend, die Regierung unterstützen wollen. Dennoch ist das Kabinet nicht geneigt, die Schulvorlage anzunehmen zu lassen. Man plädiert für einen Kompromiß, aber ein Kompromiß ist unmöglich, da die Staatskirche die Herrschaft über den Religionsunterricht nicht aufgeben will. Es bliebe der Regierung nur übrig, den status quo aufrecht zu erhalten und die Vorlage zurückzugeben, was aber einer Niederlage der Regierung gleichkäme. Und tatsächlich wird fast allgemein angenommen, daß die Regierung innerhalb der nächsten sechs Monate zurücktreten wird. Das wäre sicherlich kein Unglück, wenn England eine feste demokratische Mehrheit hätte, die die Leitung der Geschäfte übernehmen könnte. Allein eine solche gibt es nicht. Das Eigenartige der gegenwärtigen innerpolitischen Lage Englands besteht eben darin, daß nur eine Regierung möglich ist: eine konservativ-liberale. Denn die liberale Partei ist nicht mehr regierungsfähig. Auf Lord Rosebery und die liberalen Imperialisten kann die Partei nicht rechnen. Die Trades-Unionisten verlangen die Wiederherstellung des alten Rechtes von 1871; eine liberale Regierung, die einer solchen Forderung Genüge leisten wollte, würde alle Geldleute, die noch in ihrer Mitte sind, ins konservative Lager treiben; und ohne Geld kann eine große Partei, besonders in England, gar nicht existieren. Schließlich sind auch die Iren keine zuverlässigen Parteigänger, da sie Forderungen stellen — Home Rule und Auskauf der Grundherren —, die eine schwache Partei, wie die liberale es ist, nicht bewilligen kann.

Diese Erwägungen werden in radikalen wie konservativen Abgeordnetenkreisen lebhaft diskutiert. Man nimmt an, Balfour werde die erste beste Gelegenheit ergreifen, seine Regierung fallen zu lassen, um dem Lande zu zeigen, daß die Bildung eines lebensfähigen liberalen Kabinetts nicht mehr möglich sei, und daß die ein-

zige Hoffnung des Landes deshalb in einer konservativen Regierung liege. Es ist möglich, daß der Kampf um die Schulvorlage dem Premierminister diese Gelegenheit geben werde. So blendend dieses Intrigenpiel erscheint, so kann es nichtsdestoweniger zu ernstlichen Folgen führen. Gewinnt nämlich die Arbeiterklasse die Ueberzeugung, daß eine liberale Regierung nicht mehr möglich sei, so wäre damit ein großes Hindernis zur Bildung einer unabhängigen Arbeiterpartei beseitigt.

Ebenso wie die Kritik im Trades-Unionismus zeigt auch die Schulvorlage, daß die innere Politik Englands an einen Wendepunkt angelangt ist. Am 16. Oktober tritt das Parlament zur Beratung der Schulvorlage zusammen. Die Session kam allem Anschein nach eine wichtige werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. Oktober.

Zum Zollkampfe.

Das Centrum eifert unausgesetzt für das Zustandekommen des Wuchertarifs. Gleich der „Germania“, deren Bemühungen wir in unserer letzten Nummer schilderten, erhebt die „Rheinische Volkszeitung“ Klagen, mahnd und drohend gegen alle diejenigen, die dem Zollwucher, so wie ihn das Centrum will, Hindernisse bereiten.

An die Spitze ihrer Beschwörungen setzt die „Rheinische Volkszeitung“ den Einschüchterungsatz: „Wenn der Zolltarif fallt, so ist das ein Sieg der Socialdemokratie, und unter diesem Eindruck müßten die Neuwahlen vor sich gehen.“ Nach einigen unangenehmen Gerede über socialdemokratische „Obstruktionspläne“ erklärt das rheinische Centrumblatt sodann: „In einer solchen Lage muß alles geschehen, um eine Entwicklung in der bezeichneten Richtung (des Scheiterns des Tarifwerkes) hintan zu halten. Das gilt für die Parteien im Reichstag wie für die verbündeten Regierungen.“ Weiter rühmt die „R.“ die Geschlossenheit ihrer Reichstagsfraktion, die jetzt, nachdem der Antrag auf Herbeiführung einer Witwen- und Waisenversicherung angenommen sei, einmütig zu den Kommissionsbeschlüssen stehe. „Wie aber steht's mit den Konservativen? Diese seien durch die Kommissionsbeschlüsse noch nicht befriedigt; verbarren sie bei dieser Stellungnahme, so fällt die Vorlage durch die Mitschuld der konservativen Partei. Nun mahnt das Centrumsbblatt also:

„Diese Partei wird sich also vor die Verantwortung gestellt sehen, ob sie, weil nicht alles zu erreichen ist, was sie verlangt, alles scheitern lassen und dadurch ihren Wählern und dem deutschen Volke ein Nichts bringen will. Diese Verantwortung wird riesengroß sein gegenüber der Gesamtentwicklung unserer inneren Politik, eben weil der Fall des Zolltarifs, auch wenn konservative Stimmen an ihm mitschuldig wären, einen Sieg der Socialdemokratie bedeuten würde. Sie wird ebenso groß sein gegenüber der deutschen Landwirtschaft, weil doch kein besonnenere Politiker sich mehr einbilden kann, daß in einem späteren Reichstage an agrarischen Verbesserungen durchzusetzen sein würde, was in diesem Reichstage sich als undurchführbar erweist. Cuius in causa? Vor diese Verantwortung gestellt, wird die konservative Partei hoffentlich den richtigen Weg wiederfinden.“

Andererseits richtet die „R.“ ihre Warnungen an die Regierung. Der Fall der Vorlage werde eine schwere Niederlage der Reichsregierung sein. Die Bundesstaaten könnten doch unmöglich jetzt deshalb der Vorlage mit geringem Eifer zugehen sein, weil ihr finanzieller Erfolg durch die anderweitige Verwendung eines Teiles der neuen Einnahmen abgezwängt worden. Die verbündeten Regierungen müßten endlich das ewige Einseitig ihres „Annehmbar“ aufgeben und praktischen Entgegenkommen aben:

„Die Stagnation in der Haltung des Bundesrats, welche in den letzten Wochen so unangenehm sich bemerkbar gemacht hat, muß einem zielbewußten weiteren Mitwirken an der Förderung des Werkes weichen. Sonst mag kommen, was dann kommen muß. Das Centrum hat seine Schuldigkeit getan und wird sie weiter thun bis zum Ende. Wenn dann doch die unermeßliche Niederlage kommt, so wird sie eine Niederlage derjenigen Faktoren sein, welche durch ihre Schuld das Werk haben scheitern lassen, in erster Linie der Reichsregierung, wenn diese nicht rechtzeitig diejenige Mittel ergreift, welche ergriffen werden müssen, um das Werk zu einem glücklichen Ende zu führen.“

Das Centrum läßt es an Zollwuchereifer nicht mangeln. Leider darf ihm die Regierung die gleichen Mahnungen vorbehalten, mit denen es die Konservativen bedankt. Das Centrum will den Ackerweits-Bermittler spielen, um der Dual einer Reichstagswahl unter der Wucherparole zu entweichen. Werden die Kuhhandelstakte des Centrums alle Schwierigkeiten überwinden können? Oder werden die Konservativen sowie die Regierungen auf die Vermittlungsbemühungen des Centrums verzichten, indem sie die Ausschließlichkeit des Wuchertarifs angesichts des socialdemokratischen Widerstandes erklart haben?

Wesentlich wird das Dunkel dieser Fragen alsbald nach Wiederbeginn der Reichstagsverhandlungen aufgehellt werden. Für den 14. Oktober hat Graf Sklow, so wird gemeldet, eine Konferenz der Ministerpräsidenten der größeren Bundesstaaten anberaumt. Da wird es sich entscheiden, ob die Regierungen an ihrem „Annehmbar“ festhalten werden oder ob der Wuchertariefrieden zu Stande kommt.

In konservativen Kreisen befürchtet man, daß die Unnachgiebigkeit der Regierung ihren besten Grund beim — Kaiser habe. Die „Kreuz-Zeitung“ unternimmt den Nachweis, daß die Neuherungen des Reichstagslers in Dezember vorigen Jahres ein Entgegenkommen der Regierung erwarten ließen. Damals habe Graf Sklow die Hoffnung ausgesprochen, es werde zu einer „Ver-

„Vandigung“ Komu. a., die auch der Abg. Richter nicht werde hinter-
reiben können. Die „Kreuz-Zeitung“ sagt deutlich genug:

„Obst aus diesen mit lebhaftem Beifalle der Rechte auf-
genommenen Ausführungen klar hervor, daß die verbündeten Re-
gierungen im Dezember vorigen Jahres auf dem Standpunkte,
ihre Vorlage sei als unabänderlich zu betrachten, keinesfalls sich
befunden haben können, so muß allerdings, falls dies jetzt
der Regierungsstandpunkt sein sollte, was wir nicht
glauben können, angenommen werden, die vom Reichs-
kanzler erhoffte und erwünschte Verständigung
sei — nicht vom Abgeordneten Richter — hintertrieben worden.
Eine „Milderung der Gegenfrage“ seitens der Mehrheitsparteien
hat in der Kommission unzulässig stattgefunden. In dieser Hin-
sicht hat der Reichstag die Hoffnung des Grafen Bülow nicht ent-
täuscht. Aber die verbündeten Regierungen haben an diesem Ver-
suche, zu einer Verständigung zu gelangen, nicht mitgewirkt; an
wechelseitigen Entgegenkommen hat es ihrerseits vollständig
gefehlt. Der also die Meinung anspricht, die Konserwativen hätten
ihren Standpunkt gewechselt, sie hätten eine schärfere Haltung
angenommen, irrt sich. Aus der vorstehenden Darlegung geht klar
hervor, daß die Konserwativen ihre sozialpolitische Haltung sogar
gemildert haben, und daß es die verbündeten Re-
gierungen sind, die anscheinend heute einen andern Stand-
punkt einnehmen, als ihn vor neun Monaten der Reichskanzler
präzisiert hatte.“

Die „Kreuz-Ztg.“ hofft schließlich doch, daß die Hartnäckigkeit der
Regierung mit einer scheinbaren Feindlichkeit und daß doch endlich die
ersehnte Einigung zu Stande kommen könne.

So dunkel und verneinend nun die Zollsituation, so unklar die
Absicht der Regierung und der Wählerparteien — die Opposition,
welcher die Aufgabe gestellt ist, die Zollbedrückung nieder zu zwingen,
rechnet mit jeder Entwicklung des inneren Kampfes unter den
Jähren! —

Deutsches Reich.

Minister-Auskehr? Die unsichere Lage des Zollkampfes rührt
auch allerlei Gerüchte von bevorstehenden Veränderungen in den
obersten Reichsämtern auf. Dabei knüpfen diese Gerüchte von bevor-
stehendem Ministerwechsel an andre Maßnahmen über die
Neubesetzung einiger teils frei gewordenen, möglicherweise
frei werdender Oberpräsidien an. Herr v. Bitter
soll aus Posen nach Danzig auf den Platz des ver-
storbenen v. Gohler überföhren und Graf Posadowski soll
sich, wie wir bereits erwähnten, in Posen von dem polnischen Er-
haltung suchen. Doch auch Hannover wird frei und der liberale
„Hannoversche Courier“ hofft schon, daß Graf Bülow bei der
Wiederbesetzung liberaler Hoffnungen erfüllen werde. Im Zusammen-
hang mit diesen Dingen will nun die „Posener Zeitung“, aus der
Wilhelmstraße“ erfahren haben:

„Auch der Reichskanzler soll sehr pessimistisch
gestimmt sein; und es ist nicht ausgeschlossen, daß von aller-
höchster Seite demnächst oder in nicht allzulanger Zeit
(höchstens drei Monate) einschneidende Veränderungen in
der Besetzung bestimmter tonangebender Stellungen
geplant sind. In Bundesratskreisen — es kommen namentlich
Bayern, Sachsen und Württemberg in Betracht — ist „unter der
Hand“ energisch das Gefühl zum Ausdruck gebracht worden, daß
die gegenwärtigen Verhältnisse auf die Dauer unhaltbar sind und
für die Autorität des „Freiwilligen des Deutschen Reiches“ von
schwerwiegenderen Nachteil sein würden.“

Das sind wohl alles nur sehr überflüssige Fabeln ohne jede
ernstliche Bedeutung. —

Zur Schlußfassung der Zolltarif-Kommission. Der vom Ab-
geordneten Müller-Sagan in Uebereinstimmung mit Dar-
legungen in der „Freisinnigen Zeitung“ gemachte Vorschlag beruht
offenbar auf der Ansicht, die Regierung werde bei Gestaltung der
Minimalzölle und bei andern Vorschlägen der Kommission zum
Gesetz (Ursprungszugnisse, fester Termin des Inkrafttretens usw.)
ein „Unannehmbar“ erklären. Möglicherweise werde sich die weitere
Beratung als zwecklos erweisen. Diese Ansicht ist aber aus
mehrfachen Gründen verfehlt. Zunächst sind es keineswegs nur
Punkte im Gesetz, die für die Regierung unannehmbar sind,
sondern auch solche im Tarif: beispielsweise der Blumenzoll, der
Gemüse Zoll, der Duerchschloß. Ferner pflegt die Regierung ihr
letztes Wort in der Regel erst nach der zweiten Lesung abzugeben.
Es liegt außerdem nicht der geringste Grund vor, den Mehrheits-
parteien den Anstöß zu erleichtern. Das geschieht aber durch
Billigung des freisinnigen Vorschlages. Dieser Vorschlag bewegt
sich in der trügerischen Hoffnung, daß die Mehrheitsparteien
nicht geneigt sein würden, den Regierungsentwurf mit
Haut und Haaren zu verschlingen, wenn sie sehen, daß
ein Mehr nicht zu erreichen ist. Die Regierungsvorlage,
weit mehr als irgend eine Konzession, welche in den Mehrheits-
beschlüssen sich ausdrückt, birgt die Gefahr einer Ausdehnung des
Volkes in sich. Der Müller-Richtersche Vorschlag erschwert übrigens
auch den Konserwativen die Möglichkeit, ihre wiederholt großartig
ausgesprochene und im entscheidenden Moment durch sie selbst und
durch das freisinnige Kommissionsmitglied verzeihliche Wä-
gung zu verwirklichen: die Industriezölle, insbesondere die Eisenzölle,
herabzusetzen. Diese Möglichkeit den Konserwativen zu nehmen und
sie außer Stande zu setzen, abermals zu zeigen, daß die von ihnen
nach dieser Richtung gefassten Beschlüsse nicht ernst zu nehmen sind,
mag eine Gefälligkeit für die Junter in sich mit enthalten, ist aber
eine politische Unklugheit. Endlich spricht gegen den Müller-Richters-
schen Vorschlag, der das Pferd am Schwanz aufzäumen will, auch
die politische und agitatorische Notwendigkeit, bei jeder einzelnen
Position in vollster Deffentlichkeit die Gemeingefährlichkeit, Un-
gerechtigkeit und Unsinngigkeit der Zollsätze des Tarifs selbst vom
Standpunkt des Konsumenten, des Produzenten, der Allgemeinheit
und von dem des Kampfes der Arbeit gegen die Ueber-
macht des Kapitals und der Kapitalisten klarzulegen. Eine
eingehende darauf gerichtete Debatte ist es, was die Mehrheit
beschränkt, weil solche Debatte, und sie allein, im Stande wäre, den
Schwanz-Hausierbüchsen endgültig das Handwerk zu legen. Eine
solche Debatte würde auch am besten die Wahlparole, Ausdehnung
und Entredung des Volkes oder Verrückung der politischen Ueber-
macht der Kapitalisten, insbesondere der Junter von Straus- und von
Schloß Gnaben!“ klarlegen.

Indessen — mag die Mehrheit des Reichstages, welche geschäft-
liche Behandlung sie auch will dem Zolltarif angebeihen lassen: die
Socialdemokratie wird alles in Bewegung setzen, um den Kommissions-
vorschlag und den Regierungsentwurf in die Grube zu senden. —

Die Eintracht der Ausbeuter. Die Zollpläneleien zwischen den
Ausbeutern der Industrie und den Ausbeutern der Landwirtschaft
hindern nicht, daß diese zärtlichen Verwandten durchaus einig sind,
wenn sie haben, und wenn sie nichts geben wollen. Wie wenig
erst gemeint die agrarischen Drohungen sind, daß man der Industrie
den Zollprofi entziehen und zum Freihandel zurückkehren wolle,
erkennt man aus einer Aeußerung der „Konserwativen
Korrespondenz“, die selbst die Schärftigkeit der internationalen
Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz für zu — jürrnisch hält
und die Verleser-Leute dringend ermahnt, ja das Hauptaugenmerk
auf die socialdemokratischen Fortschritte im — Ausland zu
richten, und so lange das Ausland nicht auf der „Höhe“ der deutschen
Socialpolitik angelangt sei, das Drängen nach neuen Reformen zu
vermeiden.

So wachen die Junter von der Dreifachmaschine eifrig über den
Profi der Bettern vom Hofhofen, einzig in der Ausplünderung des
Proletariats. —

Der Polizeispiegel Gufner, auf dessen Aussagen hin die Genossen
Morawski und Jean Golbe zu zwei und einem Jahr Gefängnis ver-
urteilt wurden, hatte den Genossen Winter wegen Verleumdung
verurteilt, weil dieser ihn vor und nach dem Aufreizungsprozeß

„Polizeispiegel“ genannt und mit einigen kräftigen Ausdrücken bedacht
hatte. Am Sonnabend sollte, wie uns aus Breslau berichtet
wird, der Verleumdungsprozeß in Beuthen stattfinden. Wer nicht
erschien war, war Gufner weilt seiner einzigen Zeugin,
einer Verwandten von ihm. Der Kläger wurde deshalb ab-
gewiesen und die Zeugin wegen Ausbleibens zu 10 M. ver-
urteilt. Gufner, der die verbotenen Bilder aus der Redaktion der
„Gazeta robotnicza“ geholt und an die Polizei abgegeben hat, will
also nicht mehr bestreiten, daß er Polizeispiegel ist. —

Der national-socialistische Vertretertag in Hannover beschäftigte sich
mit dem Kartellwesen, der Arbeitslosenversicherung, der Alkoholfrage,
er protestierte gegen den Ausschluss der Arbeiter-Konsumvereine aus
dem allgemeinen Verband und dergleichen mehr.

In seinem politischen Jahresbericht konstatierte Herr Raumann
wiederum, daß in der Socialdemokratie der Marxismus vollständig
abgethan ist, ohne daß eine neue politisch-wirtschaftliche Anschauung
eingetreten sei. — Herr Raumann findet offenbar an diesen Selbst-
gesprächen seine Freude: Der Marxismus ist tot und das
Raumannium lebt! Wer zweifelt daran!

Herr Raumann sprach den schönen Unsinn aus: „Der
Gedanke, daß der Socialismus Vergesellschaftung der Produktions-
mittel und der Staat das einzige Produktionssubjekt sei, der eine
Freiheit gewährleistet, ist sowohl bei Bernstein wie auch bei Kautsky
aufgegeben.“

So tiefsinnig sind die wider die marxistische Socialdemokratie
ausgegebenen Manernbrecher. Der eine beteuert: Der Marxismus
ist tot, also ist er tot. Der andre erklärt: Die Socialdemokratie
hat ihr Programm aufgegeben, folglich ist auch die Socialdemokratie
tot. Das ist schon die reine Todeterei, welche die Konfessionäre des
national-socialistischen Stummelredens treiben. —

Zehlgelassen. Die kirchliche Presse — wie die „Märkische Volks-
zeitung“ — will es nicht wahr haben, daß der Ausfall der Man-
heimer Stadtparordneten-Wahlen eine vernichtende
Widerlegung des Paradoxoms des Mannheimer Katholikentages
darstelle, allwo man sich auf das glänzende Gefolge katholischer
Arbeiter berufen hat.

Nach dem Mißerfolg stellt sich die kirchliche Presse so, als ob
gar nichts anderes zu erwarten gewesen und als ob — die bürger-
lichen Parteien sogar einen großen Fortschritt erzielt hätten. Es ist
lästlich, zu beobachten, mit welchen Finten die ephrigen Prommen
dieses Ergebnis herandrücken.

Die „Märkische Volkszeitung“ vergleicht einfach das Ergebnis
der vorigen Wahlen mit den diesmaligen und konstatiert dann
mittels der berühmten Prozentregel, daß die socialdemokratischen
Stimmen „nur“ um 22 Proz., die bürgerlichen aber um 40 Proz.
zugenommen hätten.

Das Blatt verschweigt, daß im Gegensatz zu den letzten Wahlen
alle bürgerlichen Parteien sich koalitiert hatten, während das vorige
Mal ein Teil der Centrumsarbeiter socialdemokratisch gewählt hatten.
Es verschweigt die für das Verständnis notwendigen Zahlen von
1896, die folgendes Entwicklungsbild ergeben:

	1896	1902
Sozialdem.	3705	2350
Bürgerlich	4100	1540 (nur Nationalliberale und Freisinn)
	4900	2050

Die Socialdemokratie ist also seit 1896 um ca. 1200, seit 1899
um mehr als 800 Stimmen gewachsen. Auf der andern Seite ver-
loren die Bürgerlichen seit 1896 800 Stimmen und selbst der Josthof
der Centrumsstimmen verlor sie diesen die einmal nur ein Mehr von
500 Stimmen.

So sieht der „Erfolg“ der bürgerlichen Parteien aus. Freilich
die „Märk. Volkszeitung“ tröstet sich mit der bewußt irreführenden
Bemerkung, daß Mannheim „überwiegend“ protestantisch sei. Ueber-
wiegend! In der That, es giebt dort einige Protestanten mehr, im
übrigen aber sind die beiden Konfessionen fast gleich stark.

Das Centrum ist bisweilen merkwürdig bescheiden. Es sieht
wohl ein, daß Arbeiter, die einmal socialistisch aufgeföhrt sind, für
Zeit und Ewigkeit dem Materialismus verloren sind. Darum steht
es bereits einen Erfolg darin, daß nach einer „imposanten“
Centrumsparade die Partei so gewaltig gestärkt ist, daß sie im Bunde
mit Protestanten, Juden und Atheisten von der Socialdemokratie
allein zerschmettert wird. —

Zur Fleischnot. Aus Gera wird uns geschrieben: Der
Gemeinderat beschloß in seiner letzten Sitzung gegen 4-5 Stimmen
auf socialdemokratischen Antrag hin an den Reichskanzler eine
Petition um Aufhebung der Grenzsperr zu richten. Das frei-
sinnige „Geraiische Tageblatt“ bezeichnet den socialdemokratischen
Antrag, nachdem der Stadtrat ebenfalls petitioniert hat, als über-
flüssig und nur als ein „zum Fenster hinausreden“. Sehr
charakteristisch für die freisinnige Taktik! —

Ausland.

Der Erzbischof und der Erzherzog als Arbeitgeber.

Zwei Gerichtsverhandlungen.
-st. Wien, 2. Oktober. Einer der reichsten Würdenträger der
katholischen Kirche in Oesterreich ist der Fürsterzbischof von
Olmütz; man schätzt sein Einkommen auf fast eine Million
Gulden. ... Waldbesitzer aus dem Dorfe Remetitz wurden vom
Bezirksgericht Wallachisch-Beseritsch zu Arreststrafen verurteilt, weil
sie im erzbischoflichen Walde Holzreiser gesammelt hatten. Das
hatte die erzbischofliche Gutverwaltung als Diebstahl angesehen und
die Anzeige an das Gericht erstattet. Unter Berufung der Ver-
urteilten kam die Sache vor das Kreisgericht in Reutitschein, das
folgendes Urteil fällte: Die Angeklagten wurden freigesprochen
mit Rücksicht darauf, daß sie als Arbeiter des Erzbischofs einen
Tagelohn von nur zweiundzwanzig Hellern beziehen, sich also in
großer Nothlage befanden und überdies gemäß alten ein-
gewurzeltten Anschauungen das Mitnehmen von kleinen Holzabfällen
als ihr Recht betrachteten konnten!

Erzherzog Franz Ferdinand ist nicht bloß Thronfolger von
Oesterreich, sondern als Erbe der estenischen Reichthümer einer der
reichsten Leute in Europa. Das Kreisgericht von Budweis ver-
urteilte dieser Tage einige Arbeiter aus der Gemeinde Silberlos,
die aus dem Walde des Erzherzogs Holz „gestohlen“ hatten. Sie
waren auf dem dem Thronfolger gehörigen Chlumetzer Groß-
grundbesitz mit Holzfällen beschäftigt und zwar in der Zeit vom
1. November 1901 bis Ende März 1902. Der Lohn war per Meter
berechnet und die Arbeiter verdienten durchschnittlich neun Kreuzer
pro Tag, also achtzehn Heller. Damit sie nicht sagen können,
daß sie die Arbeiten umsonst verrichten, wurde ihnen erlaubt,
zweimal in der Woche auf einem Schindarten Holz und die
andern Tage nur so viel Holzabfälle, als sie auf der Schulter
tragen können, nach Hause zu nehmen. Ihre Arbeit war recht um-
ständlich und anstrengend, denn es mußten die Stämme mit dem
Wurzelsack ausgegraben und sie durften nicht unterschritten werden.
Es war zur Winterzeit, die Erde war fest gefroren, so daß zwei
Arbeiter mit einem Stämme den ganzen Tag zu thun hatten; da
mußten sie aber ihr Eisen mitbringen, um so nicht unnütz Zeit zu
verlieren. Das alles machten sie nur deshalb, um sich einen kleinen
Holzporrat zu schaffen. Anfangs April begaben sich die Arbeiter
nach Wien, wo sie den Sommer über als Maurer zu
arbeiten pflegten. Am 22. April früh kamen Gendarmen, der
Revierförster und der Ingenieur Salekka nach Silberlos, um bei
den Leuten nach „gestohlenem“ Holz zu suchen. Wo sie ein Stück
Holz fanden, wurde es als gestohlen erklärt. Am nächsten Tag kam
von der erzherzoglichen Herrschaftsdirektion ein Strafmandat, das je

nach der Menge des vorgefundenen Holzes bemessen war. Die
Frauen der Arbeiter, die sich diese Aktion nicht zu erklären wußten,
ließen zum Herrschaftsdirektor mit der Bitte, ihnen zu sagen, wofür
sie diese Strafen zu zahlen haben. Der angenehme Herr jagte ihnen
quersicht zu und forderte sie auf, ja zu bezahlen, „damit er nicht
eine Anzeige an das Gericht erstatten müsse“. Die eingeschüchterten
Weiber bezahlten, damit ihre Ehemänner nicht unzufrieden verfolgt werden,
nicht von Wien nach Hause kommen müssen und so um Verdienst und Geld
gebracht werden. Die „Strafen“ betragen 3 bis 110 Kronen. Auf
einmal, als schon alles bezahlt war, wurde gegen die betreffenden
Arbeiter die gerichtliche Anzeige wegen Holzdiebstahls erstattet! Das
Kreisgericht von Budweis ließ die drückende Kollage nicht als
Milderungsgrund gelten, sondern verurteilte die Arbeiter zu acht und
zehn Tagen Arrest.

Christliche Vornherzigkeit! —

Oesterreich-Ungarn.

Der fertige Ausgleich.

Wien, 3. Oktober. (Eig. Ber.) Jetzt Tage waren die
ungarischen Minister in Wien, und noch immer ist der Ausgleich
nicht fertig. Allerdings scheint es keinem Zweifel mehr zu unter-
liegen, daß es zu einer Vereinbarung der beiden Regierungen
kommen wird. Denn die in ihrem Umfang ganz außergewöhn-
lichen Konferenzen sollen, vornehmlich unter dem Druck der Krone,
alle nennenswerten Differenzen beseitigt haben, so daß nächste Woche
in Budapest, wohin sich Herr v. Koerber am Sonnabend begiebt,
die formelle Schlußredaktion der Vereinbarungen erfolgen können wird.
So weit aus den verschiednen Konferenzzimmern eine Nachricht
hervorfindet, dürfte an dem octroierten Ausgleich fast gar nichts ge-
ändert worden sein; von dem, was die Ungarn bei dem
letzten Feldzug heimgebracht haben, geben sie nichts heraus. Gewisse
Forderungen werden gegen einander ausgetauscht; so hebt Ungarn
die Transportsteuer für den Donaubetrieb auf, wogegen Oesterreich
den ungarischen Wertpapieren die Befreiung von der Reutensteuer
bewilligt. Mit der sogenannten „Loyalitätsklausel“ — daß nämlich Ungarn
die österreichische Industrie nicht durch Bevorzugung der ungarischen
benachteiligt — ist Herr v. Koerber natürlich nicht durchgegangen;
was er erreicht hat, sind etwas deutlichere Bestimmungen über die
Behandlung österreichischer Kaufleute in Ungarn. Was den Zolltarif
betrifft, so wird er nach allem, was man hört, ein getreuer Ab-
schnitt des deutschen Entwurfs sein: schätzvollnerisch bis zum Wahn-
sinn. Industriezölle, agrarische Zölle und reine Finanzzölle:
alles wird in dem Entwurfe in lieblicher Einfachheit vereinigt
erscheinen. Haben die Ungarn sogar eine Erhöhung des
Kaffeezolls verlangt — eine Dreifachheit, die nicht zu verstehen
wäre, wenn man nicht wüßte, daß die Einkahmen aus
den Zöllen in Oesterreich-Ungarn zur Deckung der gemeinsamen Aus-
gaben bemittelt werden. Die Erhöhung des Kaffeezolls also den Effekt
hätte, den Ungarn ihren Beitrag zu den Kosten des Militarismus
zu erleichtern. Da nun Herr v. Koerber so viel Kraft verbraucht
hat, um solche Forderungen abzuweisen, so ist ihm natürlich nicht
viel Kraft geblieben, um Eröberungen zu machen. Es wird ein
bemerkenswert schlechter Ausgleich sein, den die österreichische Regierung
aus dem Kriege heimbringt, den Herr v. Koerber mit so klingenden
Worten eröffnet hatte.

Daß die Ausgleichsvorlagen noch in diesem Jahre parlamentarisch
erledigt sein könnten, ist natürlich ganz ausgeschlossen. Schon des-
halb, weil es immer fraglicher wird, ob es überhaupt möglich sein
wird, die parlamentarische Verhandlung herbeizuföhren. Die
Junggezeiten erklären immer entschiedener, daß sie zur Obstruktion
bereit sind — zur Obstruktion deshalb, weil ihre national-sprach-
lichen Forderungen unerfüllt sind. Die Regierung ist aber außer
Stand, diese Gefahr zu bannen; nach der Stimmung im deutschen
Lager ist an eine Bewilligung der tschechischen Wünsche (Einführung
der inneren tschechischen Amtssprache in Tschechischböhmen und Errichtung
einer tschechischen Universität in Brünn) absolut nicht zu denken. Es
ist möglich, daß es den vereinten Bemühungen des Ministerpräsidenten
und des Kaisers gelingt, die Tschechen noch zur Reife zu bringen,
aber große Hoffnungen kann man an die kommende Reichsratsession
nicht knüpfen. Daß sich der Ministerpräsident der Schwereigkeit der
Lage bewußt ist, darauf deutet schon die Verschiebung der Session hin. —

Frankreich.

Die französische Kammer, die am 14. Oktober zusammentritt,
wird sich sofort mit den zahlreichen Interpellationen, die bezüglich
der Schließung der Kongregationschulen eingegangen sind, zu be-
fassen haben. Die Zahl derselben beträgt sieben. Im Anschluß
hieran wird über die Autorisationsgesuche von 81 Kammer-Kon-
gregationen verhandelt werden. Sodann wird in die Beratung des
Budgets für 1903 eingetreten werden. —

Belgien.

Das Parlament wird sich bei seinem Zusammentritt mit einem
Gesetzentwurf, welcher die Unfallversicherung der Arbeiter
vorsieht, zu beschäftigen haben. Offiziell wird berichtet, daß die
Regierung sich darin einig sei, jedem Versuche, eine Modifi-
kation des Wahlrechts herbeizuföhren, mit Entschiedenheit
entgegenzutreten. —

Affien.

Amerikanische Erfolge über die Moros. Aus Manila wird ge-
meldet: Die Truppe des Obersten Pershing hat den Pacu-Moros
eine völlige Niederlage beigebracht; etwa 100 derselben sind gefallen
oder verwundet. 40 besetzte Stellen der Eingeborenen sind
genommen und zerstört. Der Sultan von Cabugatan ist an seinen
Wunden gestorben. Auf Seiten der Amerikaner gab es nur zwei
Verwundete. General Davis hat Einstellung der Feindseligkeiten
angeordnet, um den bisher feindlich gesinnten Sultanen Gelegenheit
zu geben, um Frieden zu bitten.

Wie die geringfügigen Verlustziffern beweisen, handelt es sich
vorläufig höchstwahrscheinlich nur um Korpostengefechte. Die als
sehr kriegerisch geschilderten Moros, die sich den Spaniern niemals
unterworfen, werden so rasch schwerlich zu Kreuzen kriegen. —

Afrika.

Weitere Hochverrats-Prozesse gegen Boerenkämpfanten. Die
der „Standard“ aus Durban heute meldet, wurden 41 Boeren,
hauptsächlich Kapkolonien, gestern bei ihrer Rückkehr aus dem
Befangenenlager auf Ceylon unter der Befehlshabung des Hoch-
verrats verhaftet.

England scheint danach an einen Generalpardon noch lange
nicht zu denken. Ob diesen Politik gebührender Nachtraglichkeit frag ist,
ist sehr fraglich. — Der ehemalige Generalsekretär des ehemaligen
Orange-Freistaates, Reich, traf am Montag in New York ein.

Wie er erklärte, beabsichtigt er Vorlesungen zu halten, in welchen
er die Gerechtigkeit der Sache der Boeren verteidigen, die Engländer
anflagen und Chamberlains Falschheit und Schuld enthüllen will.
Er beschuldigt Chamberlain, die Versprechungen, welche Lord Ritchener
und Lord Palmer beim Friedensschluß gaben, dadurch zu verlegen,
daß er entgegen den Versprechungen dieser beiden
gerichtlichen Vorgehen gegen die Kaprebelleng ge-
staltet, gegen die jetzt willkürliche Klageverfahren eingeleitet
werden. Reich ist im übrigen der Ansicht, daß die Boeren in Süd-
afrika bleiben sollen.

Amerika.

Columbischer Protest gegen die Schritte der Union. Ein Tele-
gramm aus Panama meldet, man sei der Ansicht, das Vorgehen des
Admirals Cates, welcher Columbien verbiete, Truppen und Kriegs-

material über den Isthmus zu bringen, konnte er die Verwicklungen im Gefolge haben. General Salazar hatte mit dem Admiral am letzten Sonnabend eine Besprechung und erklärte, falls Columbiens daran verhindert werden würde, Truppen und Kriegsmaterial durch die Eisenbahn über den Isthmus zu bringen, so würde das einen Angriff der Vereinigten auf die Souveränitätsrechte Columbiens und eine Verletzung der Grundsätze von Recht und Gerechtigkeit darstellen. Er könne eine derartige Auslegung des Vertrages von 1846 nicht hinhimmeln. Admiral Casey erwiderte, er bedauere, gezwungen zu sein, in solcher Weise vorzugehen, aber er halte dies für notwendig zum Zwecke des Schutzes des freien Handelsverkehrs auf dem Isthmus. Er wolle indessen die maßgebenden Stellen in Washington befragen und sehen, was getan werden könne.

Parlamentarisches.

Die Schlussfassung der Zolltarif-Kommission, also Nr. 111. Sitzung, wurde am Montag abgehalten. In ihr wurde lediglich der Bericht der Kommission festgesetzt. Von den 111 Sitzungen hat die Kommission eine zur Beratung der geschäftlichen Behandlung, eine zur Feststellung des Berichts, 27 zur Beratung über das Gesetz, 87 zu der über den Tarif verwendet.

Ein schriftlicher Bericht wird vom Zolltarif-Gesetz vom Abg. Speck erstattet. Ueber den Tarif selbst soll von einigen dreißig Abgeordneten nur mündlicher Bericht erstattet werden. Nur zu den Positionen Eisen, Eisenlegierungen und Waren daraus, wird Abg. Petosch schriftlicher Bericht erstattet werden.

Vor Feststellung des Berichts wurde vom Abg. Müller (Sagan) die Frage angeregt, ob die Kommission einen bestimmten Vorschlag darüber dem Plenum machen soll, ob mit dem Zolltarif-Gesetz oder mit dem Zolltarif begonnen werden solle. Abg. Müller-Sagan vertritt die Ansicht der „Freisinnigen Zeitung“, daß es zweckmäßig sei, mit dem Gesetz zu beginnen und dann erst eventuell den Tarif folgen zu lassen. Vom Abgeordneten Stadthagen wurde dem widersprochen. Die Kommission könne nach der Richtung überhaupt keine Vorschläge machen; das müsse dem Plenum überlassen bleiben. Zweckmäßig sei es, mit der Beratung des Tarifs selbst zu beginnen und dann erst die des Gesetzes folgen zu lassen. Wenn der erste Abt. des § 1 besage, die Zölle sollen nach dem anliegenden Tarif erhoben werden, sei sie schon dadurch gekennzeichnet, daß der Tarif die Hauptfrage sei. Erst wenn diese gestaltet sei, ließen sich die Vorschriften des Gesetzes, die ja als Voraussetzung den Tarif hielten, gestalten. Daß dies und damit von den Socialdemokraten von Anfang an gemachte Vorschlag die sachlich zutreffendste sei, habe auch die Beratung erwiesen. So sei infolge der Gestaltung der Zolltarif für die Zölle die Sachfreiheit in zweiter Lesung im Gesetz gestrichen, die Möglichkeit eines Transilagers für Samereien geschaffen, über Verwendungszwecke beschlossen usw. Der Vorsitzende Rettich und die übrigen Kommissionsmitglieder sind gleichfalls der Ansicht, daß die Entscheidung über die geschäftliche Behandlung des Zolltarif-Gesetzes nebst Tarif dem Plenum, vielleich nach Vorbesprechung im Senatskonvent, überlassen bleiben müsse. Rettich meinte, er neige der Ansicht zu, es sei erst § 1, dann der Tarif, sodann die weiteren Paragraphen des Gesetzes zu beraten.

Parteinachrichten.

Die Nr. 1 des 21. Jahrganges der „Neuen Zeit“ ist und soeben ausgegangen. Damit blüht die wissenschaftliche Revue der Partei auf 20 vollendete Lebensjahre zurück. Sie begleitet dieses erfreuliche Ereignis mit einem die Nummer einleitenden Artikel, in dem es nach einem Hinweis auf die jüngsten Vorwürfe gegen sie heißt: Uns dagegen zu verteidigen, ist schwer. Erhöhen wir den Einwand, daß wir uns jung fühlen, so jung, wie am ersten Tage, da uns die strahlende Hohenheit des proletarischen Emancipationskampfes aufging, man könnte uns antworten, es sei eben die Selbsttäuschung des Alters, sich jung zu fühlen. So lassen wir die Leute reden und geben unsres Weges und träumen uns unsres Zieltes. Wer je in irgend welcher Zukunft erforchen will, was in diesen zwei Jahrzehnten an sozialistischer Gedankenarbeit geleistet worden ist, der muß zur „Neuen Zeit“ zurückkehren und dem Kreise der Werke, die sich um sie gruppieren. Wenn niemand uns loben will, so müssen wir uns schon selbst loben, und, wie Lessing einmal sagt: Notwehr entschuldigt Selbstlob.

Doch der Ruhm, dessen wir uns unterfangen, ist am wenigsten der Ruhm derer, die an der „Neuen Zeit“ schaffen, es ist der Ruhm vieler teurer Toten, es ist der Ruhm auch derer, die lange Jahre mit uns gearbeitet haben und nun auf anderen Wegen zum gleichen Ziele streben, es ist der Ruhm vor allem des vielgeschmähten Marxismus. Was vor zehn Jahren an dieser Stelle gesagt wurde, das gilt gegenwärtig noch, und eben dies ist unser Stolz: die „Neue Zeit“ ist von Anbeginn ein marxistisches Organ gewesen und ist es noch heute; sie ist immer im Sinne des von Marx und Engels begründeten, wissenschaftlich-revolutionären Socialismus redigiert worden und anders wird sie nie redigiert werden. Unter allen Vorwürfen, die in letzter Zeit auf unsre schuldigen Häupter herabregnet sind, hat uns keiner so erseut wie die Beschwerde, daß wir uns nicht ändern würden. Nein, wir werden uns nie ändern, und die „Neue Zeit“ wird bleiben, was sie seit zwei Jahrzehnten erlebte ist. Ihr müßt erst ihr marxistisches Rückgrat brechen, ehe ihr erseht, daß sie alt und stirbt.

Aber das soll dogmenfanatische Verblendung sein! Was hierüber zu sagen ist, wurde in dem Gedankartikel vor zehn Jahren von Ed. Bernstein treffend so gesagt: „Nicht daß der Marxismus in der „Neuen Zeit“ ausschließlich zum Worte kam, noch daß er für sich das Recht reklamierte, außerhalb aller Diskussion zu stehen. Eine solche Tendenz würde dem Wesen des Marxismus so sehr widersprechen, daß jede Redaktion, die das versuchte, auch wenn sie sich sonst buchstäblich an die Schriften von Marx und Engels hielt, damit sich selbst als unmarxistisch dokumentierte. Es giebt kein Dogma, keinen Satz des Marxismus, der nicht selbst wiederum die wissenschaftliche Untersuchung zuließe. Alle Resultate der Untersuchungen von Marx und Engels beanspruchen nur so lange Gültigkeit, als sie nicht durch neuere wissenschaftliche Untersuchungen widerlegt werden können; irgend eine endgültige Wahrheit letzter Instanz kennt der Marxismus nicht, weder bei sich noch bei andern. Aber dieser Standpunkt ist nicht zu verwechseln mit dem des Ekticismus, der seine Grundsätze aus den verschiedensten und verschiedenartigen Systemen zusammenholt, oder dem des gefinnungslosen Sektizismus. Der Marxismus ist eine bestimmte wissenschaftliche Methode, und was auf deren Grund ermittelt ist, hat für ihn zwar nur in den obigen Grenzen, aber innerhalb ihrer ausschließliche Gültigkeit. So ist er positiv, ohne konfessionell-reactionäre, und revolutionär ohne utopische Vermischung, wie er materialistisch ist, ohne in groben Mechanismus zu verfallen.“

Das Strafkonto der Partei fand im Monat August eine Belastung mit 1 Jahr und 2 Wochen Gefängnis- und 1620 M. Geldstrafe. Desgleichen im Monat September mit 1 Jahr 7 Monaten und 3 Wochen Gefängnis- und 376 M. Geldstrafe.

Mit den Beschlüssen des Parteitagcs erklärten sich durch Annahme von Resolutionen einverstanden die Parteigenossen in Dresden-Alstadt, Magdeburg und Bremen. Ohne Beschlußfassung wurde die Verichterstattung erledigt in 1. Hamburgischen Wahlkreise, in Barmen, Nürnberg und Dresden-Alstadt. Erhebliche Einwendungen wurden auch in diesen Versammlungen nicht erhoben.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein Juristen-Konkurrenz.

Das Reichs-Strafgesetzbuch enthält einen § 271, der wie folgt lautet:

Wer vorsätzlich betreibt, daß Erklärungen, Verhandlungen oder Thatfachen, welche für Rechte oder Rechtsverhältnisse von Erheb-

lichkeit sind, in öffentlichen Urkunden, Büchern oder Registern als abgegeben oder geschehen beurkundet werden, während sie überhaupt nicht oder in anderer Weise oder von einer Person in einer ihr nicht zustehenden Eigenschaft oder von einer andern Person abgegeben oder geschehen sind, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 300 M. bestraft.

Begen Verletzung dieser Vorschrift wurde, wie die Magdeb. „Vollstimm“ berichtet, vom Landgericht Halberstadt der Genosse Schinkel zu 3 M. Geldstrafe verurteilt. Schinkel ist zweiter Vorsitzender des „Vollstimm“ in Thale. Er meldete die Abhaltung einer im Vorstände verabredeten Vereinsversammlung beim Amtsvorsteher an und setzte unter die Anmeldung den Namen des ersten Vorsitzenden, des Genossen R. Stamisch. Er ging dabei von der ganz selbstverständlichen Annahme aus, daß Stamisch damit einverstanden sei, da ja die Abhaltung der Versammlung vereinbart war. Nur wer die Versammlung anmelden sollte, hatte man abzumachen vergessen. Stamisch meldete nun seinerseits unter seinem Namen die Versammlung gleichfalls an und das brachte scheinbar den Amtsvorsteher auf den Gedanken, ein „Verbrechen“ aufzudecken. Die That wurde der Staatsanwaltschaft unterbreitet und nun ist sie gerochen. Ein Duzend Richter und Gerichtsbeamte wurden in Thätigkeit gesetzt wegen einer Sache, die dem „öffentlichen Rechtsbewußtsein“ ebenso gleichgültig ist, wie sie außer einem socialistenbewußten Polizeibeamten auf jedem einzelnen Staatsbürger gleichgültig ist. Es wäre wünschenswert, die schriftliche Begründung dieses Urteils kennen zu lernen.

Der berichtigungssehrige „General-Anzeiger“. Unter Berufung auf Preßgesetz werden wir gezwungen, das folgende zu veröffentlichen: Berichtung. In Nr. 227 der Ausgabe des „Vorwärts“ vom 28. September cr. ist unter der Rubrik: Polizeiliches, Gerichtliches x. unter der Ueberschrift: „Der wandlungsfähige „General-Anzeiger“ ein Gerichtsbericht enthalten, welcher thatsächliche Unrichtigkeiten enthält. Unrichtig ist, daß der Verleger des „Dreslauer General-Anzeiger“ den politischen Redakteur gezwungen hat, am 28. Juli 1901 einen Leitartikel über den Zolltarif zu schreiben, der die entgegengesetzte Tendenz eines von demselben Redakteur erschienenen Leiters vom 28. Juli 1901 hatte.

Ferner ist unwar, daß diese gegnerische Behauptung in der getätigten Verhandlung seitens des Verlegers zugegeben worden ist. Breslau, den 3. October 1902.

F. A. Werke.

Verleger des „Dreslauer General-Anzeiger“.

Wir bedauern außerordentlich, daß das Gesetz uns auch in einem Fall wie der vorliegende zur Aufnahme einer Berichtung zwingt, obwohl sie sachlich gar nichts an den feststehenden Thatfachen ändert. Es steht fest, daß das Blatt in zwei einander folgenden Nummern zwei einander entgegengesetzte Artikel zum Zolltarif gebracht hat; es steht fest, daß einer der Redakteure des Blattes deswegen seine Thätigkeit aufgegeben hat, und es steht fest, daß der geschäftswichtige Herr Verleger mit seinen Klagen vor Gericht abgeblüht ist. Democh zwingt uns unser Preßgesetz, das die Sonne seiner Gerechtigkeit über Gerechte und Ungerechte leuchten läßt, die Berichtung des Herrn Geschäftsmannes aufzunehmen; hat er doch die Form der „thatsächlichen Berichtung“ gewahrt. Zu einem launisch aber das Gesetz nicht zwingen: nämlich zu glauben, daß Herr Werke politische Grundzüge hat und daß sein Blatt etwas anderes wie eine Inseratenplantage ist.

Das letzte Geleit Zola's.

Die Beerdigungsfeier Zolas hat den würdigsten und imposantesten Verlauf genommen. Mehr als 100 000 Personen folgten dem Sarge, während unzählige in den passierten Straßen Spalier bildeten und vor dem Sarge huldigen das Haupt entblößten. Das nationalistische Gefühlsleben magte keine Gegendemonstration, die ja auch für es hätte verhängnisvoll werden können.

Ueber das Leichenbegängnis des allzu früh verstorbenen Dichters und Kampfers werden folgende Einzelheiten gemeldet:

Pünktlich um 1 Uhr ward der Sarg auf den Leichenwagen geladen, während die Truppen die militärischen Ehren erwiesen und alle Anwesenden ihr Haupt entblößten. Gleich darauf bildete sich der Leichenzug und setzte sich in Bewegung. Fenster und Balkons aller Häuser in der Nachbarschaft waren von Menschen dicht besetzt. Das Wetter war prächtig.

An der Spitze des Leichenzuges gingen zwei Verwandte Zolas, Laborde und Loiseau, seine nächsten Freunde Desmoulin, Durat und Dr. Karat, ferner Unterrichtsminister Chaumié, Jaurès, Picouart, Mathieu Dreyfus, Brisson, Reinach und General Percin. Die Rippen des Sarges hielten Abel Hermant, Ludovic Halévy, Octave Mirbeau, Charpentier, Brunau, Masquellé und Briat.

Um 1 Uhr 20 Minuten traf der Zug auf dem Kirchhof ein. Auf dem ganzen Wege, den der Zug nahm, war eine ungeheure Menschenmenge angelagert, die in tiefem Schweigen und entblößten Hauptes den Zug an sich vorbeiziehen läßt. Als erster sprach auf dem Kirchhofe Unterrichtsminister Chaumié, dann Abel Hermant und Anatole France.

Der Unterrichtsminister sagte u. a., der Tod Zolas habe in der ganzen Welt ein Gefühl größter Verstärkung verursacht. Italien, dem Zola durch Bande der Abstammung verbunden war, habe sein Tod aus schmerzhaftester getroffen. Der italienische Unterrichtsminister Rasi habe ihn, Chaumié ersucht, der Leiche Zolas die letzten ehrenvollen Grüße Italiens zu überbringen. Chaumié spricht sodann von den Verdiensten des Verewigten als Schriftsteller, welcher es als seine Hauptaufgabe betrachtete, die Blicke der Menschen auf die Elenden und die Leiden der Enterterten hinzulenken. Am Schluß seiner Rede erinnert der Minister daran, daß Zola sich wieder jenseit habe, Tadel und Beschimpfungen zu tragen, noch sich vor dem wütenden Haß der Menge fürchtete, als er seine Stimme zur Verteidigung erhob, was er für gerecht und richtig hielt.

Anatole France rühmte das literarische Wirken des Verbliebenen, der das sociale Elend bekämpfte, wo er es auch antraf. Redner erinnert an die Opfer, die Zola für die Gerechtigkeit und die Wahrheit gebracht, und wie er denen entgegengetreten sei, die einen Unschuldigen verurteilen wollten. „Darf ich ihre Lügen und ihre Verbrechen“, fährt Redner fort, „mit Stillschweigen übergehen? Das hieße Zolas heldenhafte Gröndheit und Wahrheitsliebe verleugnen! Darf ich ihre Schande verschweigen? Das hieße Zolas Ruhm verschweigen. Selbstmord und Jurat herrschten im Schoße der Regierung und zwangen ihr verberliches Stillschweigen auf. Da schrieb Zola jenen wohlwogenden und niederschmetternden Brief, in welchem er die Fälschung und die Pflichtvergessenheit aufdeckte, der Wutgebrüll und Todesrufe bei den vereinten Parteien der Reactionäre hervorrief. Aber niemals konnte in jenen unheilvollen Tagen seine Standhaftigkeit erschüttert werden. Sein mutiges Wort war ein Bechtur für Frankreich gewesen. Die Folgen jener That sind unberechenbar.“ Der Redner schloß: „Wir wollen den Verbliebenen nicht darum beklagen, daß er gelitten hat, sondern ihn beneiden; er hat sein Vaterland und die Welt geehrt und er war einen Augenblick das Gewissen der Menschheit.“

Nachdem der Redner geendet, wurde der Sarg in die Gruft herabgelassen. Darauf schritten die Teilnehmer des Leichenzuges bei der Familie Zolas vorbei und verließen den Kirchhof. Hierbei wurden Jaurès von der Menge huldigen dargebracht. Auf der Place Blanche kam es zu kleinen Zusammenstößen; einige Pfiffe ertönten aus der Menge. Die republikanische Garde zerstreute die Menge. Alfred Dreyfus wohnte der Beisehung auf dem Friedhof bei und verließ denselben, nachdem die Leichenreden beendet. Die Menge erkannte Dreyfus nicht.

Die belgische Arbeiterpartei war bei dem Begräbnis durch die Abgeordneten Demblon und Burnemoit vertreten.

Der königliche Mord vor dem Berliner Gericht.

Landgerichtsdirektor Dpik eröffnet die Sitzung heute im großen Schwurgerichtssaale.

Zur Einflüß an die am Sonnabend festgefundenen Vernehmungen der medizinischen Sachverständigen werden die kommissarischen Vernehmungen der Dr. med. Müller jun. und Wleske, die i. J. bei der ersten Obduktion zugezogen worden waren, verlesen. Dr. med. Müller jun. betont in seiner Aussage u. a. die vorhandene gewöhnliche allgemeine Blulleere an den Leichenteilen, diese Blulleere könne nicht durch das längere Liegen im Wasser oder in Spiritus entstanden sein. Petechin (Flecken auf der Haut) habe er nicht wahrgenommen, solche brauchten auch nicht durch Ersticken entstanden sein, sie können auch entstehen, wenn man jemand an den Füßen, den Kopf nach unten aufhängt, sie können auch bei großer Anstrengung entstanden sein. Jugend welche Erscheinungen, die auf Ersticken hindeuteten, seien nicht wahrgenommen. Die an den Leichenteilen vorhandenen Schmitte deuteten darauf hin, daß sie von gelibter Hand, von Sachverständigen, herrührten. Ob der erste Halsschnitt ein Schächtschnitt gewesen, vermag Dr. Müller jun. nicht anzugeben. Derselbe spricht in seiner Vernehmung auch von Fingerringen, die er an den Leichenteilen bemerkt habe und die darauf hindeuteten, daß er

Leiche auf oder bei Fiegeln gelegen

habe. — Rechtsanwalt Dr. Hahn wünscht zu wissen, ob in Sachen dieser Fingerringen irgend etwas seitens der die Untersuchung führenden Organe geschehen sei. — Erster Staatsanwalt Settegast verneint dies. — Kriminalkommissionar Wehn: Er habe die Mitteilung des Dr. Müller nicht unbeachtet gelassen, sie kam aber doch nur in Betracht, wenn es sich um etwaige Ermittlung des Ortes der That handelte. Uebrigens war der Raum, in welchem die Obduktion stattfand, mit Fiegeln gepflastert. — Erster Staatsanwalt Schweigger erklärt auf Befragen: Er habe auch dieser Frage der Fingerringen nachgeforscht. Dr. Müller jun. sei aber der einzige gewesen, der solche Wahrnehmung gemacht hat. — Staatsanwalt Kanjow: Dr. Müller jun. spricht bei seiner Vernehmung von „vielen“ Sektionen, die er gemacht. Ist denn Dr. Müller nicht noch recht jung gewesen, als er damals zur Obduktion zugezogen wurde? — Erster Staatsanwalt Settegast: Seines Wissens habe Dr. Müller erst spät das Examen gemacht und sei erst kurze Zeit in der Praxis gewesen. — Rechtsanwalt Sonnenfeld: Ist der Dr. Müller jun. nicht derjenige, durch dessen Indiskretion Dinge aus den Akten in die Öffentlichkeit gedrungen sind, indem er die Gelegenheit, die Akten bei seinem Vater, dem Sanitätär Dr. Müller, einzusehen, wahrnahm und Material daraus weitergab? — Erster Staatsanwalt Settegast bestätigt, daß ihm eine solche Mitteilung geworden. — Erster Staatsanwalt Schweigger: Er habe auch diese Angelegenheit verfolgt. Dr. Müller jun. wollte bei seiner Vernehmung zuerst das Zeugnis verweigern, habe aber dann direkt anerkannt, daß er die Akten auf dem Arbeitsstisch seines Vaters vorgefunden und Mitteilungen daraus dem

antisemitischen Reporter Werner

gemacht habe, der sie dann wieder in die Öffentlichkeit brachte. — Rechtsanwalt Simons betont bei dieser Gelegenheit, daß seines Wissens der Medizinalrat Müller nicht antisemitisch, sondern eher freisinnig sei.

Wie sich aus der Aussage des kommissarisch vernommenen Dr. med. Wleske in Konitz ergibt, hat sich dieser der Fehlung des Dr. Müller jun. angeschlossen. Auch er ist der Ansicht, daß nicht Ersticken, sondern Verblutungstod vorliegt. Der Tod müsse bis spätestens 7 Uhr abends eingetreten gewesen sein. — Dr. Müller jun. hat nach Kenntnisnahme von dem Gutachten des Tierarztes Wendt in Konitz eine Ähnlichkeit zwischen dem an der Leiche festgestellten Halschnitt und dem von Wendt beschriebenen Schächtschnitt erkannt. Dr. Wleske hat erklärt, daß er sich über diesen Punkt ein Urteil nicht erlauben wolle.

Hierauf giebt Rechtsanwalt Dr. Hahn namens des Angeklagten Dr. Wöttcher eine

Erklärung

des Inhalts zu Protokoll: In dem Artikel in Nr. 289 der „Staatsb. Zeitung“ sei u. a. gesagt worden: Die in die Interna eingeweihten Personen bekämpften, daß trotz der vielen gegen Leiwig bestehenden belastenden Momente nichts gegen die Juden unternommen worden sei, weil man event. einen Aufstand befürchtete. Dem Verfasser des Artikels habe dabei der durch den Fürsten Lichtenstein bekannt gemordene Vorgang in Oestreich-Ungarn vorgekehrt, wo der Graf Andrássy bei dem Fall Tisza-Eslar die Verurteilung ausgesprochen haben soll, daß ein Vorgehen gegen die Juden einen Aufstand zur Folge haben würde. Der Artikel habe nun an die Möglichkeit gedacht, daß das Staatsministerium, insbesondere die Ministerien der Justiz und des Innern, ein besonders vorsichtiges Vorgehen gegen die Juden aus staatlischen Rücksichten angeordnet haben könnten. Durch die Beweisaufnahme ist erwiesen, daß der Justizminister den Ersten Staatsanwalt ausdrücklich angewiesen hat, alle Spuren, insbesondere auch gegen die Juden, energisch und ohne Rücksicht zu verfolgen, und ihm anheimgestellt hat, ein förmliches Verfahren gegen Adolf Leiwig einzuleiten. Die in diesem Artikel angeführte Vermutung, daß das Staatsministerium, insbesondere das Justizministerium und das Ministerium des Innern aus staatlischen Rücksichten ein besonders vorsichtiges Vorgehen gegen die Juden angeordnet hätten, ist sonach sachlich falsch und eine Parallele zu den damaligen Verhältnissen in Ungarn absolut unbegründet. Der Angeklagte Dr. Wöttcher

spricht daher sein Bedauern aus,

diesen Artikel aufgenommen zu haben. Rechtsanwalt Dr. Hahn stellt im Anschluß hieran den Antrag: Die Berichte des Herrn Ersten Staatsanwalts Settegast und des Herrn Oberstaatsanwalts Wulf an den Herrn Justizminister und die Bescheide des Herrn Justizministers aus der Zeit vom 13. März bis 23. Juni 1900 vom Herrn Justizminister einzufordern und diese Urkunden zur Verlesung zu bringen“. Aus diesen Urkunden werde hervorgehen, daß die mit der Untersuchung der Winterischen Mordtatsache betraute königliche Staatsanwaltschaft, insbesondere der Oberstaatsanwalt Wulf ein weiteres Vorgehen gegen die Juden, namentlich gegen Adolf und Moritz Leiwig mit Rücksicht auf die Stimmung der Bevölkerung und die zu erwartenden Unruhen für gefährlich und deshalb für zur Zeit nicht opportun erklärt haben, und daß daraufhin, und zwar auf Grund des von der Staatsanwaltschaft unterbreiteten Materials der Justizminister eine energische Verfolgung des gegen die Juden im allgemeinen und insbesondere gegen Adolf und Moritz Leiwig bestehenden Verdachts angeordnet hat.

Staatsanwalt Kanjow beantragt die Ablehnung dieses Antrages und verweist darauf, daß das Gegenteil der in dem Antrage aufgeführten Behauptungen schon durch das eidlische Zeugnis des Oberstaatsanwalts Wulf erwiesen sei.

Rechtsanw. Sonnenfeld: Zwischen der Erklärung des Dr. Wöttcher und dem neuen Antrag des Verteidigers bestche doch ein offener Widerspruch.

Reisiger Landgerichtsrat Ziehm wünscht zu wissen,

woher denn die Angeklagten Kenntnis

von diesen ganz internen Sachen haben wollen. — Vorj.: Herr Erster Staatsanwalt hat schon bei anderer Gelegenheit gesagt, daß einer dieser Verdächtige aus Versehen in den Akten geblieben sei. Woher ist der Angeklagte Bruhn nun zur Kenntnis dieser Berichte gekommen? — Angeklagter Bruhn: Wegen der Veröffentlichung des Berichts des Ersten Staatsanwalts habe seiner Zeit gegen ihn ein Verfahren wegen Weisheit zum Diebstahl geführt. Erster Staatsanwalt Schweigger habe schon gesagt, wie die „Staatsbürger-Zeitung“ in den Besitz des Berichts gekommen ist: sie hat ihn durch den Reporter Werner erhalten. Er selbst lege besonders Gewicht auf einen Bericht, in welchem auch der Erste Staatsanwalt Settegast der Ansicht sich zugeneigt habe, daß der Mord durch Juden verübt sein könnte. — Erster Staatsanwalt Settegast: Ein großer Teil der königlichen Bevölkerung hatte die Ansicht, daß die Juden und die Leiwigs stark verdächtig seien, an der Ermordung des Winter teilgenommen zu haben. Daß ich den gleichen Verdacht hätte, habe ich in dem Berichte nicht ausgedrückt, ich habe auch nicht auf etwaige Folgen hingewiesen, die durch ein Vorgehen gegen die Juden entstehen könnten.

Auf Anfrage des Rechtsanwalts Dr. Hahn erklärt Oberstaatsanwalt Wulff: Auch er habe mit Rücksicht auf die Wichtigkeit des Falles einen

Vericht an das Justizministerium

erstattet und auch die möglichen Folgen eines Vorgehens nach der einen oder der andern Richtung erörtert. Er hatte, wie schon bemerkt, gefunden, daß die Untersuchung zu einseitig auf den Mordmord zugespielt worden sei, und er habe den Ersten Staatsanwalt Settgast darauf hingewiesen, daß sich die Untersuchung nach allen Richtungen hin ausdehnen müsse, denn wenn sie einseitig, nur nach der Richtung der Juden hin sich erstreckte, so könne und müsse eine große Erregung entstehen. Er wisse, daß er mit dem Kommissar des Ministers auch alle Verdachtsmomente gegen Lehn erörtert habe. — Erster Staatsanwalt Settgast: Er selbst wisse nichts davon, daß solche Besichtigungen, wie sie hier angedeutet werden, zur Sprache gebracht worden seien. Wichtig sei es, daß der Oberstaatsanwalt der Ansicht war, es seien zu viele Ermittlungen gegen auswärtige wohnende Juden und Schächler angestellt worden.

Oberstaatsanwalt Wulff erklärt noch, daß auch im mündlichen Verkehr der Kommissar des Ministers keinerlei Anregung in dem Sinne gegeben habe, nicht gegen die Juden vorzugehen.

Der Gerichtshof zieht sich hierauf zur Beratung des von der Verteidigung gestellten Antrags zurück. Sein Beschluß geht dahin: Der Antrag wird abgelehnt. Der Antrag geht nicht auf Vorlegung eines bestimmten Verichts oder Bescheides hinaus, sondern wünscht im allgemeinen Verlegung unbestimmt bestimmter Verichte aus einer längeren Zeit und sei daher nur als Versuch zu betrachten, durch das Gericht erst Beweismaterial herbeizuschaffen, um daraufhin erst Beweisanträge formulieren zu können.

Es folgt die Verlesung der Protokolle über die Vernehmung zahlreicher Zeugen, auf die die Angeklagten zum Wahrheitsbeweis Bezug genommen haben und die die Behauptung bestätigen sollen, daß die gegen die Behörden und Beamten erhobenen Vorwürfe berechtigt gewesen seien. Sie sind in ihrer Art durchweg ohne besondern Belang und gehen auf Verdächtigungen des Bürgermeisters Deditius und andre Beamten hinaus.

Es sind alsdann mehrere Zeugen kommissarisch vernommen worden, welche bekunden haben, daß sie bei Gelegenheiten der Kravalle in Königs auf dem Bürgermeisteramt durch den damaligen Polizeikommissar Bloch mißhandelt worden sind. Der Polizeikommissar Bloch ist f. J. deswegen bestraft worden.

Angell. Bruhn hat eine bereits erwähnte Kammer seines Stalles herausgefunden, in welcher Räuber über einen Vericht des Ersten Staatsanwalts Settgast wiedergegeben ist. Darin habe der Erste Staatsanwalt dem Justizminister gegenüber auf die Möglichkeit des Vorliegens eines Ritualmordes hingewiesen. — Erster Staatsanwalt Settgast: Er erklärt, der Artikel der „Staatsbürger Zeitung“ werde den Inhalt seines Verichts völlig durchwachen. Er habe lediglich referierend für den Minister die Momente zusammengestellt, auf die man sich in Königs als Beweis für einen Ritualmord zu besorgen pflege. Vom Justizminister sei ihm anheim gegeben worden, wenn er es für angemessen halte, gegen die Kammer vorzugehen. — Auf eine Frage des Rechtsanwalts Sonnensfeld gibt Kriminalkommissar Bruhn zu, daß der Vertreter des Ministers des Innern, Geh. Oberreg.-Rat Dr. R. a. u. b. a., ihn auszufordern habe, alle Spuren, insbesondere auch die gegen die Juden zu verfolgen. — Rechtsanwalt Dr. Hahn: Hat nicht Oberregierungsrat Raubach Ihnen gegenüber die Angelegenheit als „von vorüberem Verfahren“ bezeichnet? — Kommissar Bruhn: Nein, niemals!

Früherer Polizeikommissar Bloch aus Königs, jetzt Magistratsbeamter in Oniein, war probeweise vom 1. April bis 31. August in Königs gewesen, also erst nach Entdeckung des Mordes dorthin gekommen. Bei den Kravallen habe er die Ansicht gehabt, daß den Tumultuanten gegenüber nur energisches Auftreten am Platze sei. — Präf.: Sie sind wegen

Mißhandlung Stifter

bestraft worden? — Zeuge Bloch: Zweimal, in den Fällen Schmidt und Sawischewski, im Ganzen mit 150 M. Der Zeuge erklärt auf weiteres Befragen, daß er auf eine Anzeige hin, daß bei den Leuten ein Taschentuch Winters zu finden sei, dort Hausdurchsuchung abgehalten habe. — Präf.: Ohne besondern Auftrag und

auf eigene Faust?

Das wäre doch wunderbar. — Zeuge: Jawohl! Ich war doch städtischer Polizeikommissar. — Präf.: Wir wollen die Frage, ob Sie berechtigt waren, dasingestellt sein lassen. — Rechtsanwalt Dr. Hahn: Das Vericht in Königs hat den Zeugen als in jener Zeit zu Gemaltheitigkeiten geneigt bezeichnet. — Staatsanwalt Kanow: Sind Sie verurteilt worden? — Zeuge: Ja, zweimal durch Steinwürfe. Eine große Narbe über meinem linken Auge ist zurückgeblieben. — Auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Hahn wird das Urteil verlesen, durch welches der Zeuge wegen Mißhandlung verurteilt worden ist. Als strafschwerer ist darin angegeben, daß der Angeklagte zu Gewaltthatigkeiten neigt. — Erster Staatsanwalt Schweiggere bekundet hierzu: Diese Bemerkung sei in das Urteil dadurch gekommen, daß man ihren Inhalt als wahr unterstellte. Man wollte dadurch einen umfangreichen Wahrheitsbeweis spät abends abschneiden. Erster Staatsanwalt Schweiggere hebt hierbei hervor, daß die Anzeige gegen Bloch erst ein Jahr nach seinem Weggange aus Königs erlassen worden sei. Bei seinem Abgange sei dem Bloch ein

geradezu glänzendes Zeugnis

ausgestellt worden und es sei ihm auffallend erschienen, daß nun dieselben Stadträte, die ihm dieses Zeugnis ausgestellt haben, später den Bloch wegen Mißhandlung denunziert haben. Später haben die Stadträte Staatsbrand und Rechtsanwalts Gehbauer dem Zeugen gesagt, an der Verlesung des Bloch habe ihnen nichts gelegen, sie hätten die Anzeige nur gestellt, um darzutun, daß Bürgermeister Deditius durch seine Beamte Gewaltthatigkeiten habe verüben lassen. Auf eine Anzeige Bloch hin habe dann noch ein Meineidsverfahren gegen Staatsbrand geschwebt. — Rechtsanwalt Sonnensfeld fragt den Zeugen, ob nicht alle Manipulationen gegen den Bürgermeister Deditius auf den Rechtsanwalts Gehbauer zurückzuführen seien. — Der Zeuge kann hierüber nichts sagen. Ihm ist nur bekannt, daß Rechtsanwalts Gehbauer der Mittelpunkt der antisemitischen Bewegung in Königs sei.

Hierauf gibt Rechtsanwalts Hahn namens des Angeklagten Dr. Wötlicher folgende Erklärung ab: In einem der Artikel ist auch ein Angriff auf den Bürgermeister Deditius erhoben worden und zwar auf Grund seiner früheren Amtsführung in Strehlen. Der Artikel stammt von einem akademisch gebildeten Mann her. Der Angeklagte

spreche sein Behauern

über die Aufnahme des Artikels aus, denn er habe festgestellt, daß der Inhalt der Wahrheit nicht entspreche.

Der Vorsitzende bringt nunmehr die kommissarischen Aussagen derjenigen Zeugen zur Verlesung, die am Abend des 11. März einen verächtlichen Schrei gehört haben. Prof. Dr. Prätorius hat um 7 1/2 Uhr von seiner Wohnung aus einen Schrei aus der Gegend des Rindwees in der Gegend der Synagoge gehört. Er bestreitet die Behauptung, daß Bürgermeister Deditius ihn dorthin angefahren habe, als er ihm seine Wahrnehmung mitgeteilt, im Gegenteil habe ihn der Bürgermeister nach allen Einzelheiten seiner Wahrnehmung befragt und ihm gesagt, seine Mitteilung sei durchaus wertvoll. — Andere Aussagen beziehen sich auf die Wahrnehmung, daß fremde Juden in der Stadt gewesen seien.

Weitere Aussagen vernommener Zeugen beziehen sich auf die gegen Hermann u. A. geltend gemachten Aussagen, die schon im Masloff-Prozess zur Erörterung gekommen sind.

Zum Schluß gelangen noch die Aussagen mehrerer Zeugen zur Verlesung, die sich auf die Behauptung beziehen, daß der Bürgermeister

Israel Eisenstädt

aus Schölkau in der Nacht vom 11. zum 12. März in dem Vorcommissariat zu Königs, in welchem er krankheitsbedingt sich aufhielt, gefesselt und daß er durch das Bekreiten dieser Thafache einen Meineid geleistet habe. Nach eingehender gerichtlicher Voruntersuchung ist das Verfahren wegen Mangel Beweises durch Beschluß der

Strohkammer des Landgerichts zu Königs eingestellt worden. Eisenstädt behauptet, daß er in der Nacht vom 11. zum 12. März im Krankenhanse gewesen, am Montag den 12., nachm., mit der Eisenbahn nach Schölkau gefahren sei, diese Nacht in seiner Behausung zugebracht habe und am Morgen des 13. März nach Königs zurückgekehrt sei. In dem Antrag des Ersten Staatsanwalts auf Einstellung des Verfahrens ist ausgeführt worden, daß sich Eisenstädt nachweislich des Krankenbuchs in der Zeit vom 3. Februar bis 17. März im Stift befunden habe. Darüber, in welcher Nacht er außerhalb gewesen, sei im Krankenbuche nichts vermerkt. Er hatte sich eine Blutvergiftung zugezogen, habe den rechten Arm in einer festen Bandage getragen, sei nach ärztlichem Ausspruche nicht in der Lage gewesen, die Hand irgendwie zu gebrauchen. An der Ermordung des Winter habe er sich deshalb aktiv nicht beteiligen können, er sei aber auch nicht als Aufpasser oder dergleichen verwendet worden, denn eine Reihe einwandfreier Zeugen haben bekundet, daß die Angaben Eisenstädt richtig seien. Demgegenüber stehen die Aussagen des Krankenhaus-Arzt Dr. v. Luowicz, welcher die Ansicht hat, daß er dem Eisenstädt für den 11. März Urlaub gegeben habe, und die Krankenhauswärterin im St. Vorcommissariat Felicia und Florberta behaupten mit Bestimmtheit, daß Eisenstädt in der Nacht vom Sonntag zum Montag gefesselt habe. Der Erste Staatsanwalt ist, wie er in seinem Antrage auf Einstellung des Verfahrens eingehend erläutert, der Ansicht, daß die Aussagen der beiden Schwestern den Aussagen der zehn einwandfreien Zeugen nicht vorzuziehen seien, zumal die Schwestern anfangs nicht so bestimmte Erklärungen abgegeben haben und die Schwester Felicia sich einmal thörichtlich geirrt habe. Es sei deshalb die Sache nicht genügend aufgeklärt und der Beweis könne nicht als geführt angesehen werden, daß Eisenstädt in der Nacht vom 11. zum 12. März im Krankenhanse gefesselt habe.

Angell. Bruhn tritt nochmals der Behauptung entgegen, daß er zu dem Kriminalinspektor Braun die Bemerkung gethan: „Wir warten ja bloß darauf, daß Sie gegen einen Christen vorgehen.“ Hierauf wird die Verhandlung auf Dienstag 9 Uhr vertagt.

Aus Industrie und Handel.

Hagener Gashahlswecke. In der Freitag sitzgehaltene Aufsichtsrats-Sitzung wurde die Bilanz für 1901/1902 vorgelegt. Dieselbe ergibt einen Gesamtverlust von 380 755,35 M. Der Betriebsverlust betrug 1901/1902 150 206,32 M. Hierzu kommen Generalverlusten 93 056,03 M., Steuer und Versicherung 21 092,87 M. Die Abschreibungen betragen 80 200,40 M. Das Verlustsaldo aus dem vorigen Jahre beträgt 30 708,87 M.; davon gehen ab: verfallene Dividende von 67,59 M. und Einnahmen für Mieten 1489,34 M. Der auf den 23. November d. J. einzuberufende Generalversammlung sollen Vorschläge über eine etwaige Veräußerung des Aktienkapitals und Beschaffung weiterer Betriebsmittel gemacht werden.

Harpener Bergbau-Konzern. In der Aufsichtsrats-Sitzung der Harpener Bergbau-Konzern-Gesellschaft am 4. d. M. wurde die Bilanz für das Geschäftsjahr 1901/02 festgestellt und beschlossen, der Generalversammlung, die zum 25. d. M. einberufen wird, die Verteilung einer Dividende von 10 Proz. (gegen 12 Proz. im Vorjahr) vorzuschlagen. Der Gesamt-Bruttogewinn stellt sich auf 16 485 413 M. (im vorigen Jahr 20 323 337 M.), die Ausgaben, Abschreibungen usw. betragen sich auf 16 827 552 M.; der übrig bleibende Nettobetrag von 157 861 M. wird auf neue Rechnung vorgetragen. In einzelnen

	1901/02	1900/01
Nettogewinn aus Kohlen	10 333 286	12 333 044
Coals	4 422 634	6 312 318
Werkstoffe	110 308	104 132
and den Teeröfen	204 045	304 656
Zinsen-Einnahme	614 020	592 645
Mieten und Pachten	447 488	378 132
Gewinn der Hiesel	85 528	53 850
Gewinn auf Stellen	107 307	7 104
Einnahme aus der Wasserleitung	637	558
Vortrag aus dem Vorjahr	155 100	135 708
Summa	16 485 413	20 323 337

Die Generalverluste betragen	2 432 405	2 142 865
Unterhaltung für Arbeiterwohnungen, Haushaltungsschule etc.	138 622	90 912
Betriebskosten-Aufgaben	97 568	60 273
Küdlage für Vermögensgegenstände mit Einschluß der schwebenden Verpflichtungen	500 000	1 000 000
Küdlage wegen Düsseldorf-Ausstellung	25 000	50 000
Abschreibungen	7 586 530	10 149 300
Zuwendung für gemeinnützige Zwecke	150 000	150 000
4 Proz. Dividende von 52 000 000 M. Aktienkapital	2 080 000	2 080 000
Statutarische Gewinnanteile	199 321	288 768
6 Proz. Superdividende (8 Proz.)	3 120 000	4 160 000
Restvortrag auf neue Rechnung	157 861	155 100
Summa	16 485 413	20 323 337

Auch die Harpener Gesellschaft hat demnach die Krise nicht verschont. Sie hat im letzten Geschäftsjahr nur 4 574 553 Tonnen Kohlen gefördert gegen 5 116 890 Tonnen im Geschäftsjahr 1900/01; und noch mehr als die Förderungsziffer sind die Preise gesunken, wie der Gewinnausfall auf Kohlen und Coals im Gesamtbetrage von 3,86 Millionen Mark beweist. Wenn demnach die Dividende gegen die des Vorjahres nur um 2 Proz. zurückbleibt, so wird dieses Resultat lediglich dadurch erreicht, daß die Abschreibungen um über 2 1/2 Millionen Mark niedriger gehalten werden, als im Vorjahr.

Sächsischer Maschinenfabrik (vormals Hartmann), Chemnitz. In dem Geschäftsjahre 1901/02 belief sich der Umsatz auf 12 063 814 M. gegen 16 799 100 M. im Vorjahre. Der Bruttogewinn betrug 1 028 374 M. gegen 1 475 647 M. im Vorjahre. Hiervon sollen zu Abschreibungen 633 894 M. verwendet werden (i. V. 507 550), so daß ein Reingewinn von 394 480 M. (i. V. 578 087) verbleibt. Ein Dividende gelangen auf die Aktien 2 1/2 Proz. zur Verteilung gegen 6 Proz. im vorigen Geschäftsjahr.

Kohlenmarkt in den Vereinigten Staaten von Amerika. In den verschiedenen wirtschaftlichen Verhältnissen, die in letzter Zeit drüben hervorgetreten sind, gefeilt sich infolge des Grubenarbeiterstreiks eine weitere Steigerung der Kohlenpreise, die bereits zu größeren Aufkäufen englischer und kanadischer Kohlen von seiten amerikanischer Importeure Anlaß gegeben hat. So sind nach Mitteilung der „Holländischen Zeitung“ in Cardiff bereits 50 000 Tonnen nach Amerika verkauft worden. Beste große Dampfstraße sind 1 Sch. kleine, von Amerika bevorzugte Kohle um 2 Sch. halbbreitminütige Rommouthehire 6 Penns geüben. Auch in New Castle werden 20 000 Tonnen zweite Qualität Dampfkohle nach New York oder Boston verladen. Ferner hat, wie aus London telegraphiert wird, die „International Mercantile Marine Company“ (der Morgan-Trust) beschlossen, in England 50 000 Tonnen beste englische Kohlen zu kaufen und diese sofort in Dampfern, die der Gesellschaft gehören, nach den Vereinigten Staaten zu verschiffen. Selbst in Kanada sollen größere Mengen angekauft sein; z. B. soll die Dominion Coal Company of Canada die Verpflichtung übernommen haben, innerhalb kürzester Zeit 100 000 Tonnen Anthracitkohle nach den Vereinigten Staaten zu liefern.

Aus der Frauenbewegung.

Eine Generalversammlung des Bundes deutscher Frauenvereine tagt gegenwärtig in Wiesbaden. Am ersten Tage wurde über die Reform des Krankenpflegegesetzes verhandelt. Es wurde in den Debatten besonders hervorgehoben, daß es nicht angehe, das Krankenpflegegesetz konfessionell zu ge-

stalten. Angenommen wurde folgender Antrag: An die zuständigen Behörden eine Eingabe zu richten, dahingehend: 1. Allen Pflegeheimen die Möglichkeit zu geben, nach einer staatlich vorgeschriebenen dreijährigen Ausbildung eine Prüfung abzulegen, nach deren Bestehen ein staatliches Zeugnis und die Berechtigung, ein staatlich geschuldetes Abzeichen zu tragen, erteilt wird, welches die Aufsichtsbehörde gegebenenfalls wieder entziehen kann. 2. Nur solche Krankenhäuser zu konfessionieren, welche die Gewähr ausreichender Fürsorge für ihr Pflegepersonal durch Einschränkung der Arbeitszeit auf nicht mehr als 11 Stunden und durch genügende Sicherstellung für das Alter und den Fall der Invalidität bieten. 3. In ihren eignen Krankenanstalten eine musterghätige Organisation zu schaffen, die ein zweckmäßiges Zusammenwirken sowohl von Verwaltungen ärztlichen und Pflegepersonal, wie von männlichem und weiblichem Pflegepersonal gewährleistet und dem Pflegepersonal eine ideale und materielle Sicherstellung verbürgt.

In einer Kommission wurde verhandelt über die Frage der Beschäftigung der Kinder über gesellschaftliche Verhältnisse, wozu Frau Henriette Fritsch einen Vortrag hielt. Fräulein Wischniewska-Spandau wies darauf hin, daß auf vielen höheren Schulen die älteren Knaben ein Verzeichnis der sogenannten saftigsten Stellen aus der Bibel haben. Dies Verzeichnis werde vielfach den neu eintretenden Knaben mitgegeben gezeigt. Fechtliche Verhältnisse seien in den höheren Mädchenschulen anzutreffen. Der Religionsunterricht werde beim Vortrag gewisser Bibelstellen prophanisiert. Wenn es in dieser Hinsicht besser werden solle, dann müsse ganze Arbeit geleistet werden. Die Beschäftigung müsse im naturgeschichtlichen Unterricht durch bildliche Darstellungen geschehen. Es müsse das, was jetzt die Kinder in heimlicher, schmutziger Weise erfahren, den Kindern in reiner, edler Weise mitgeteilt werden. Sie sei der Meinung, daß die Lehrer und Lehrerinnen im allgemeinen so viel Takt und pädagogische Befähigung haben, um die Kinder in geeigneter Weise zu belehren. Sie stelle daher den Antrag: Die Generalversammlung beschließt: Die Kultusministerien der deutschen Bundesstaaten zu ersuchen, den Gegenstand in der obersten Klasse der höheren Knaben- und Mädchenschulen und in den Fortbildungsschulen als obligatorischen Unterrichtsgegenstand einzuführen.

Obwohl die Rednerin lebhaften Beifall fand, trat man ihr doch auch mehrfach entgegen. Von einer Seite wurde besonders darauf hingewiesen, daß man zunächst, wenn die Schule diese Aufgabe in dem von Fräulein Wischniewska gewünschten Umfang übernehmen solle, die Lehrer und Lehrerinnen in geeigneter Weise dazu vorbereiten müsse, da sonst mehr Schaden als Nutzen gestiftet würde. Wertwärtigerweise wurde von keiner Seite offen ausgesprochen, daß die Bibel überhaupt nicht in die Schule gehört. Die Beschlußfassung wurde der Generalversammlung überlassen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Achtung, Parteigenossen! Deuts. Dienstag, den 7. Oktober, finden in sämtlichen Wahlkreisen Berlins Partei-Versammlungen statt, in denen die Berichterstattung und die Wahl der Funktionäre resp. die Berichterstattung von der Brandenburger Provinzialkonferenz und vom Wilmersdorer Parteitag stattfindet. Außerdem Diskussion. Regen Besuch erwarten. Die Vertrauensleute.

Socialdemokratischer Wahlverein Groß-Lichterfelde-Lankwitz. Morgen, Mittwochabend 8 Uhr, Vereins-Versammlung im Lokale des Herrn Richter, Chausseestr. 104. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Weyler über: „Kriminal- und Social-politik“. Diskussion. Vereinsangelegenheiten.

Ober-Schöneweide. Morgen, Mittwochabend 8 1/2 Uhr, findet bei Kaufhof die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag; 2. Neuwahl des Vorstandes, des Vertrauensmannes, der Lokal-kommission und der Bezirksführer. Ferner werden die Genossen auf die heute, Dienstagmorgen 5 Uhr in der Schulaula stattfindende öffentliche Gemeindevorstellung - Sitzung aufmerksam gemacht. — Auch wollen sich heute abend 7 Uhr bei Kaufhof die Genossen einfinden zwecks Einsetzung der Abkommens auf den „Vorwärts“.

Versammlungen.

Die Schöneberger Parteigenossen nahmen am 2. Oktober die Berichterstattung über den Parteitag und die Frauenkonferenz entgegen. Die letztere erstattete Frau Thiel-Tempelhof, die erstere Dr. Borgardt-Charlottenburg. Dem Parteitagbericht folgte eine längere rege Aussprache. Beschlüsse wurden zu diesem Punkt nicht gefaßt. Sodann gab die örtliche Vertrauensperson Frau Welling den Jahresbericht. Die Einnahmen und Ausgaben balancieren in Höhe von 211,97 M., auch sind zwei durch die örtliche Vertrauensperson einberufene öffentliche Versammlungen abgehalten worden. Nach der von seiten der Vertrauenspersonen beantragten Entlassung wurde Frau Welling als Vertrauensperson wiedergewählt, ebenso Frau Franke und Frau Schulze als Neuwahlungen. Unter Verschiedenes macht der Vorsitzende Mitteilung auf die am Dienstag, den 7. Oktober, stattfindenden Bezirksversammlungen aufmerksam. Genosse Wollermann giebt bekannt, daß am 12. Oktober eine Flugblattverteilung von den bekannten Lokalen aus stattfindet und erucht um rege Beteiligung.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Das Opfer eines Polizeidienstmannes. Aus München meldet uns eine Privatdepesche: Das Landgericht verurteilte den Schriftsteller Wenz wegen Majestätsbeleidigung zu der niedrigsten zulässigen Strafe von zwei Monaten Festung. Als Strafmilderung wurde der gemeine Vertrauensmännchen des Schriftstellers Hartmann in Braunshweig anerkannt, der, wie erinnerlich, einen Privatbrief seines „lieben Freundes“ und Mitarbeiter der Polizei ausgeliefert hatte.

Neues vom Mont Pelée.

Paris, 6. Oktober. (W. T. G.) Der Gouverneur von Martinique telegraphiert: Der Mont Pelée stößt Asche und Rauch aus man hört dumpfes Rollen. In der Gegend von Vasse-Pointe richteten Ströme heißen Wassers Schaden an.

London, 6. Oktober. (W. T. G.) Den Abendblättern wird aus Shanghai gemeldet: Der Sickington von Rangling Lu-lun-ji ist heute gestorben.

London, 6. Oktober. (W. T. G.) Aus Newcastle wird telegraphiert: An der hiesigen Kohlenbörse wurden heute nachmittag 100 000 Tonnen Kohlen verkauft, die für Amerika wegen des in Folge des Grubenarbeiter-Streiks dort herrschenden Kohlemangels bestimmt sind.

Kopenhagen, 6. Oktober. (W. T. G.) Der dänische Reichstag ist heute zusammengetreten. Das Folketing wählte Trier (Linke-Reformpartei) zum Präsidenten, Krabbe und Abmolen (beide von der Linken-Reformpartei) zu Vizepräsidenten wieder. Der Landsting wählte neu den Konferenzrat S. R. Knutsen (Unabhängiger Konservativer) zum Präsidenten mit 83 Stimmen. Auf den bisherigen Präsidenten Nagaen (Rechten-Partei) entfielen 26 Stimmen. Zu Vizepräsidenten wählte der Landsting als Revisoren Nabaen Nydal (Linke-Reformpartei) und den Generaladjuvant Stephenfen (Unabhängiger Konservativer). Die früheren Vizepräsidenten waren ein Mitglied der Rechten und ein Unabhängiger Konservativer.

Saint-Louis a. Senegal, 6. Oktober. (W. T. G.) In Fort Caye ist das gelbe Fieber ausgebrochen.

Vorwärts

Buchdruckerei und Verlagsanstalt

Paul Singer & Co.

Berlin S.W. 68.

Linden-Strasse 69.

Das Werk, das die Berliner Arbeiter geschaffen, ist vollendet, die Vorwärts-Druckerei beginnt, auf das Reichste ausgestattet mit Maschinen und Einrichtungen modernster und vollendetster Art, ihre Thätigkeit.

An der Arbeiterschaft, welche die Vorwärts-Druckerei ins Leben rief, ist es nunmehr, ihre eigene Schöpfung zu erhalten und auszugestalten.

Das Unternehmen ist darauf begründet, dass es die Zentral-Buchdruckerei für die Aufträge der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen wird. Die Arbeiterschaft Berlins unterstützt und fördert sich selbst, wenn sie ihre Druckerarbeiten der Vorwärts-Druckerei zur Herstellung übergibt.

Die Geschäftsleitung wird ihrerseits alles anbieten, um die Aufträge gewissenhaft und geschmackvoll auszuführen.



Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Mit dem Streik der Kollkuischer vom Anhalter Bahnhofe beschäftigte sich am Sonntagabend eine imposante Versammlung der Kollkuischer, Müsfahrer und Bodenarbeiter. Das einleitende Referat hielt Werner. Redner führte aus: Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Kollkuischer seien ungewöhnlich schlechte. Des Morgens um 6 Uhr begüme ihre Arbeit und ende erst um 10, ja nicht selten um 11 Uhr abends. Dafür aber ist der Lohn ein völlig ungenügender. Mit 75 bis 81 Mark pro Monat werden sie abgepeist. Allerdings erhalten sie noch Abtragungsgebühren, doch müssen sie diese paar Groschen auch wieder unterwegs verzehren. Besonders schlecht seien die Verhältnisse schon seit längerer Zeit in dem Expeditionsbetriebe auf dem Anhalter Bahnhof gewesen. Bei der geringsten Kleinigkeit werden Strafgebühren abgezogen, von denen man nicht weiß, wo sie bleiben, und die Behandlung ist schroff und grob. Als nun vor reichlich einer Woche auch noch einige Auslöcher aus nichtigen Gründen entlassen wurden, da kam das Maß zum Überlaufen. Gütliche Vorstellungen beim Direktor fruchteten nichts, und die Folge war, daß fast sämtliche Kollkuischer an dort die Arbeit niederlegten. Diese Angelegenheit beunruhigte natürlich die ganze Organisation der Kollkuischer. Zu 70 Proz. organisiert, ergreifen sie die Gelegenheit und bemühen das willkürliche Vorgehen der Unternehmer auf dem Anhalter Bahnhof, um die bekannten Forderungen (geringe Lohn-erhöhung auf 20-22 M. pro Woche, Abschaffung der Strafen usw.) an den Verband der vereinigten Speditoren zu stellen. Der Vorsitzende dieses Verbandes, Herr Stadtrat Gerike, aber stellte sich auf den rücksichtslosen Herrenstandpunkt. Vor allem weigerte er sich, die Organisation der Arbeiter anzuerkennen; dem Beschlusmächtigen des Transportarbeiter-Verbandes wies er sogar in der schroffsten Weise die Thür. Als trotzdem indirekte Verhandlungen betreffs des Streiks auf dem Anhalter Bahnhof mit dem Betriebsleiter gepflogen wurden und auch die Zusage gemacht war, daß die Streikenden die Arbeit wieder aufnehmen könnten, da wußte Herr Stadtrat Gerike die Erfüllung dieser Zusage wieder zu verhindern. Dieses Verhalten der Unternehmer freizerte die schon an sich so berechtigten Erregung der Arbeiter in noch höherem Grade. Am Freitagabend sahte bekanntlich eine stark besuchte Versammlung der Kollkuischer den Beschluß, die Sache der Kollegen vom Anhalter Bahnhof zu der ihrigen zu machen und forderten die Speditoren auf, bis Sonnabend, abends 8 Uhr, Bescheid zu geben, ob sie mit den Beschlüssen der Arbeiter in nochmalige schleimige Unterhandlung treten wollten oder nicht, widrigenfalls am Montag, den 6. d. M., eine allgemeine Arbeitsniederlegung zu erwarten sei. Vereits um 5 Uhr am Sonnabend war die Antwort des Speditorenvereins in Händen der Verbandsleitung. Sie lautete dahin, daß die Unternehmer sich bereit erklären, am Dienstag, den 7. d. M., die Verhandlungen aufzunehmen, eher sei es ihnen nicht möglich, eine Verständigung unter sich herbeizuführen; sie hoffen auf eine friedliche Beilegung der Differenzen. Nach diesem Ueberblick über den bisherigen Verlauf der Dinge weist Redner darauf hin, daß die Unternehmer schon jetzt alles versuchen, um sich mit Ausbilskräften zu versehen, falls es zum allgemeinen Ausstand kommt. Trotz dieser auffallenden Vorsorglichkeit der Speditoren empfahl der Redner, den Wünschen bezüglich der Verhandlungen nachzukommen und die Beschlußfassung über den Generalstreik bis Dienstag, den 7. Oktober, einverstanden erklärt. Sie erwartet von den Speditoren aber auch ein dementsprechendes Entgegenkommen. — Mitgeteilt wurde noch, daß viele Güter auf dem Anhalter Bahnhof schon 5 bis 6 Tage lagern, während sie sonst nur 24 Stunden dort lagern dürften. Ob die Bahndirektion dafür auch das übliche Standgeld erhebt oder nicht, ist nicht bekannt. Wie sehr die Arbeit sich auf diesem Bahnhof häuft, ersieht man daraus, daß am Sonntag 122 Waggons mit Stidgut daselbst standen, und daß trotzdem schon vieles Gut nach andern Bahnhöfen geschafft und von dort zugerollt worden ist. Auf den Kollkuischen ist deutlich zu sehen, wie über den Stempel „Anhalter Bahnhof“ ein anderer Stempel übergedrückt ist. Nach Lage der Sache hätten die Speditoren alle Ursache, einen Generalstreik vorzugeben, indem sie bewilligen.

Die Kohrleger nahmen am Sonntag in einer stark besuchten Versammlung die von der Lohnkommission ausgearbeitete Vorlage zum neuen Tarif einstimmig an. Die Hauptbestimmungen desselben sind: Neunständige Arbeitszeit; Minimallohn von 60 Pf. für Kohrleger und 40 Pf. für Helfer, vom 1. April 1903 ab für jede Kategorie 5 Pf. pro Stunde mehr. 50 Proz. Zuschlag für Nacht- und Feiertagsarbeit; Ausschluß jeder Accordarbeit. Landzulage für auswärtige Arbeiter 3 M. pro Tag; falls Kost und Logis gewünscht werden 1,50 M. pro Tag für Kohrleger und Helfer. Jahrgeld evtl. Jahrszeitvergütung; Lohnzahlung am Sonnabend eine und vor den Feiertagen zwei Stunden vor Feierabend. Gutes und genügendes Nistholz und Hebeseg, sowie ausreichendes und brauchbares Werkzeug. — Der Gehilfenauschuh hat diese Forderungen bereits dem Innungs-vorstande übermittelt, Verhandlungen darüber werden voraussichtlich am Dienstag stattfinden. Unter allen Umständen soll die Kommission und Verbandsleitung darauf dringen, daß der jetzt zustande kommende Tarif von jedem Unternehmer unter Berücksichtigung anerkannt wird. Auf die bloße mündliche Anerkennung kann nicht mehr derselbe Wert gelegt werden, weil etwa ein Drittel sämtlicher Betriebsinhaber die im bisherigen Tarif enthaltenen Bestimmungen trotz Zusage einfach durchbrochen haben. — Bis jetzt haben sich die Arbeiter von 59 Betrieben für und nur von 2 Betrieben gegen den Eintritt in die Lohnbewegung erklärt. Sollte es zu einer Arbeitsniederlegung kommen, so werden dadurch gegen 4000 Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen. Die Versammlung gab ihrer Entschlossenheit Ausdruck, mit aller Energie dahin zu streben, daß die Kohrleger endlich dieselben Löhne erhalten, wie andere qualifizierte Bauarbeiter.

Die Lohnbewegung der Lederarbeiter ist jetzt zum Abschluß gekommen. Sowohl die Arbeitnehmer, als auch die Arbeitgeber haben sich dem Schiedsspruch des Einigungsamts unterworfen. — In der am Sonntag abgehaltenen Lederarbeiter-Versammlung gab das Kommissionsmitglied Scholz einen Bericht über die Verhandlungen vor dem Einigungsamt. Von den übrigen Rednern sprachen nur einzelne gegen die Annahme der im Schiedsspruch niedergelegten Bedingungen, die meisten erklärten sich für dieselben. Im allgemeinen kam die Meinung zum Ausdruck, daß man sich durch die gemachten Zugeständnisse zwar nicht befriedigt fühle, doch sei immerhin eine kleine Aufbesserung erreicht. Eingedenk des Sprichwortes: „Ein magerer Vergleich ist besser wie ein fetter Prozeß“, empfehle sich aus tatsächlichen Gründen die Anerkennung des Schiedsspruchs; letztere wurde in der Abstimmung dem auch mit 279 gegen 101 Stimmen beschloffen. Die infolge der Lohnbewegung aus betriebstechnischen Gründen vorläufig arbeitslos Gewordenen sollen aus der Verbandskasse sachgemäß unterstützt werden, bis die Fabriken wieder voll arbeiten können. Den Kommissionsmitgliedern wie auch dem Schiedsgericht sprach die Versammlung ihre Anerkennung für die in dieser Sache geleistete anherordentliche Mithilfe aus.

Der Streik der Graveure und Eiselenre bei der Firma Proff u. Söhne ist beendet. Es handelte sich um einen Abwehrstreik infolge

Verschlechterung der Accordverhältnisse. Nach mehrfachen Verhandlungen sind zwischen der Firma einerseits und dem Centralverband andererseits folgende Vereinbarungen getroffen worden: Diejenigen Arbeiter, welche bisher unter 50 Pf. Stundenlohn erhielten, bekommen sofort eine Zulage von 5 Pf. pro Stunde. — Die Arbeiter, welche bisher 50 Pf. und mehr Stundenlohn erhielten, bekommen sofort eine Zulage von 3 Pf. pro Stunde. — Die Kosten des Brennens sowohl für alte wie für neue Accorde werden in Zukunft sämtlich von der Firma getragen. — Bei allen Accordarbeiten erhalten die Arbeiter bei Beginn der Arbeit den Accordzettel ausgehändigt. — Wesentliche Änderungen an Accordarbeit werden, wenn sofort verlangt, nach neuen Vereinbarungen bezahlt. — Bei Vereinbarung von Accordpreisen hat der Meister außer dem beteiligten Arbeiter noch einen weiteren Mitarbeiter heranzuziehen. — Die Arbeiter werden sämtlich wieder eingestellt; Maßregelungen finden nicht statt. — Etwa neu ausbrechende Differenzen werden jedesmal in Gegenwart des Herrn Proff und eines Vertreters des Verbandes geregelt.

Kartonarbeiter- und Arbeiterinnen! Der Streik bei der Firma M. V. d. Adalbertstr. 59 dauert unverändert fort. Seitens des Inhabers als auch des Werkführers wird versucht, durch Versprechungen Arbeitswillige zu bekommen. Seit Montag früh befinden sich auch sämtliche Zuschnneider der Firma Geißler, Kartonfabrik, Rungestr. 17 im Ausstand, weil einige verhältnismäßig leicht zu erfüllende Forderungen seitens der Firmeneinhaber abgelehnt wurden. — Zugzug fernhalten!

Deutscher Buchbinder-Verband, Ortsverwaltung Berlin. Die Forderungen der Allg. Elektrizitäts-Gesellschaft (Kderstraße, Lager I) erzielte durch Verhandlungen mit dem Direktor eine Erhöhung ihres Stundenlohnes um 2 1/2 Pf. Die Betreffenden — es kommen 35 Mann in Betracht — gehören dem Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter-Verbande an.

Centralverein für Arbeitsnachweis zu Berlin. Bericht über den Geschäftsbetrieb im Monat September 1902:

Arbeiter	Kaler	Schloffer	Klempner	Tapezierer	Beibl.	Ans.	
Eingeschriebene, arbeitsuchende Pers.	1968	1114	400	74	364	236	4200
Von Arbeitgebern verl. Arbeitskräfte	2204	2750	297	103	697	342	6483
In Arbeit gebrachte Personen	2047	1320	264	66	334	244	4295

Bergarbeiterbewegung in Frankreich. Eine Versammlung von Grubenarbeitern in Villars billigte den Beschluß des Kongresses, betreffend den Generalstreik und sprach sich dafür aus, daß dieser möglichst bald proklamiert werde. — 2500 Bergarbeiter in Lievin hielten ebenfalls den Generalausstand gut.

Zu dem Ausstand in Pas de Calais wird aus Valenciennes gemeldet: 65 Delegierte von Syndikaten verschiedener Gruben, die 5000 Mitglieder vertreten, beschloffen einstimmig die Arbeit fortzusetzen und einen Aufruf zu veröffentlichen, in welchem sie die Bergarbeiter auffordern, den Versuchen der Ausständigen, wenn nötig, mit bewaffnetem Arm Widerstand zu leisten. Jedenfalls sind die Arbeitswilligen deshalb so mutig, weil sie wissen, daß ihnen keine Gelegenheit geboten wird, sich „mit bewaffnetem Arm“ zu widersetzen.

Lohnbewegung der Buchbinder in Schweden. Die Abteilungen des Schwedischen Buchbinder-Verbandes in Eklifstuna, Göteborg und Helsingborg haben die bisher geltenden Tarifverträge gekündigt und verlangen Lohnserhöhung. In Eklifstuna haben bereits Verhandlungen mit den Meistern stattgefunden, eine Einigung ist aber noch nicht zustande gekommen.

Der Kohlenarbeiterstreik in Amerika dauert nun schon länger als fünf Monate. Die Hoffnung, daß es dem Präsidenten Roosevelt gelingen werde, die Parteien zu einer Einigung zu bewegen, haben sich nicht erfüllt. Es hatte schon Mähe genug gefostet, die Vertreter des Kohlenstruffs zur Teilnahme an der Einigungskonferenz zu bewegen. Fochend auf die Macht, welche ihre Millionen und die Monopolstellung des Ringes ihnen verleihen, hatten die Kapitalistenproben veranlaßt, jeither jede Verhandlung, namentlich die von den Arbeitern geforderte Einlegung eines Schiedsgerichts abzulehnen. Ganz wie bei uns in Deutschland, hieß es auch in Amerika: Wir, die Besitzer der Minen, wollen Herren im Hause bleiben. Der Generalstreik war denn auch die Ursache, daß die von Roosevelt veranlaßten Verhandlungen ohne Resultat verließen. Schroff und unbegreiflich stehen sich die Parteien gegenüber. Auf der einen Seite etwa 150 000 Arbeiter, die fest entschlossen sind, den langwierigen Kampf mit unverminderter Energie weiterzuführen, auf der andern Seite die propägen Vertreter des amerikanischen Großkapitalismus: Herr Morgan und seine Genossen. Die Arbeiter fordern eine Erhöhung des Accordlohnes und die Vereitigung eines Systems, durch das sie bei der Berechnung des Lohnes benachteiligt werden. Vor allem aber verlangen die Arbeiter die Anerkennung ihrer Organisation, wogegen sich die Unternehmer entschieden sträuben.

Infolge der schroff ablehnenden Haltung der Kapitalisten den Arbeiterforderungen gegenüber ist eine Situation geschaffen, die es erklärt, daß sich die weitesten Kreise der amerikanischen Bevölkerung für den Streik interessieren und sich mit ihren Sympathien auf die Seite der Arbeiter gestellt haben. Eine Kohlennot ist eingetreten, in deren Folge die Preise ungebener gestiegen sind, und selbst zu den hohen Preisen sind Kohlen bei weitem nicht in dem Maße zu haben, wie sie jetzt, wo der Winter vor der Thür steht, gebraucht werden. Schulen mußten bereits geschlossen werden, weil es an Heizmaterial fehlt. Wie berichtet wird, hat Morgan erklärt, er wolle dafür sorgen, daß die Hospitaler und Schulen, sowie die Armen in New York keinen Mangel an Kohlen leiden. Herr Morgan glaubt wohl, durch Ausführung dieses Versprechens den Unmut der Bevölkerung gegen den Trust etwas zu beschwichtigen. Er kann es sich ja einige Millionen kosten lassen, wenn durch die Niedrigpreisung der Streikenden Hunderte von Millionen zu gewinnen sind.

Es scheint, daß die Aussichten der Streikenden, trotz der langen Dauer des Kampfes nicht unglücklich sind. Dafür spricht nicht nur ihre ruhig entschlossene Haltung, sondern auch der Umstand, daß die Unternehmer noch mehr Militär, als ihnen bisher schon zur Verfügung gestellt worden ist, zum Schutz ihrer kapitalistischen Interessen und zur Niederschüttelung der streikenden Arbeiter verlangen. Und die Regierungen sind auch im freien Amerika willig den Wünschen der Unternehmer bereitwillig entgegenzukommen. Präsident Roosevelt ist der Ansicht, daß der Kongreß wegen des Ausstandes nicht einberufen werden wird, da die Angelegenheit nur den Staat Pennsylvania angehe, und von diesem erledigt werden müsse. Wenn dieser Staat um Unterstützung durch Bundesstruppen ersucht, ist der Präsident bereit, solche zu entsenden. Also eine Lösung der Frage durch Klinten und Säbel, denn die Truppen sollen die Streikenden hindern, zu ihrem Gunsten auf die Arbeitswilligen einzuwirken, was dem Streik immerhin eine unangenehme Wendung geben könnte. Der Gouverneur von Pennsylvania ist, wie berichtet wird, fest entschlossen, die Interessen des Kapitals zu schützen, selbst wenn er gezwungen sein sollte, die gesamte Miltz des Staates einzuzusetzen.

In Gegensatz zu der vorhin erwähnten Ansicht Roosevelts steht eine Meldung der „Frankfurter Zeitung“, welche besagt: Präsident Roosevelt wird versuchen, die Vergleute zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, gegen das Versprechen, daß der Kongreß den Streik

gründlich untersuche und die pennsylvanische Legislatur Maßregeln gegen die Kohlengefellschaften ergreifen werde. Ob diese Maßricht zutreffend ist und ob, wenn es der Fall, die neuen Bemühungen des Präsidenten Erfolg haben, wird sich ja bald herausstellen.

Sociales.

Die Einkommensverhältnisse in Preußen.

Es wurde in der jüngsten Zeit viel mit der Thatsache gearbeitet, daß sich die Einkommen bis zu 3000 M. in den letzten Jahren stark vermehrt haben. Daran wurden vielerlei tiefsinnige Betrachtungen geknüpft über die großen Vorteile, die den Arbeitern aus dem wirtschaftlichen Aufschwünge erwachsen seien, wie sehr gerade sie von diesem Aufschwünge profitiert hätten. So vernichtend für die kapitalistische Zellei es wäre, wenn die Arbeiter gar nichts von dem Aufschwünge gehabt hätten und so wenig als mit der Behauptung, daß die Löhne der Arbeiter in der Aufschwüngsperiode gestiegen seien, gesagt war, so ließ sich doch dabei schon nachweisen, daß, betrachtet an der Menge des Einkommens, die Einkommen über 3000 M. trotz der wenigsten Zahl ihrer Besitzer weit mehr gewonnen hatten, wie die Einkommen unter 3000 M. Aber die Gruppe 900 bis 3000 M., mit der bisher gearbeitet wurde, ist viel zu umfangreich, um einen Schluß auf die Verhältnisse der kleineren Einkommen zuzulassen. Es ist deshalb sehr wertvoll, daß die „Statistische Korrespondenz“ in ihrer jeden erschienenen Nr. 37 jezt eine Aufstellung macht, in der diese große Gruppe in fünf kleinere geteilt ist.

Wir erfahren daraus vor allen Dingen, daß innerhalb der großen Gruppe 900-3000 M. die Einkommen 900-1200 M. die reichliche Hälfte der ganzen Gruppe umfassen. Es ist eine durchaus unzulässige Methode, die Einkommen 900 bis 3000 M. zu einer einzigen Gruppe unter der Bezeichnung mittlere Einkommen zusammenzufassen. Mindestens die Einkommen bis 1200 M. muß man als kleine Einkommen behandeln; und selbst zwischen 1500 M. und 3000 M. liegt eine so bedeutende Verschiedenheit der wirtschaftlichen Lage der Besitzer dieser Einkommen, daß man sie nicht zu sammenwerfen darf, wenn man ein Urteil über die Lage der Bevölkerung gewinnen will. Es sind aber in den Grenzen von 900 bis 1500 M. ungefähr 7/10 der Einkommen von 900 bis 3000 M.

Die Vermehrung der Einzeleinkommen zwischen 900 und 3000 Mark beträgt in den zehn Jahren 1892 bis 1901 23,4 Proz.; sie ist größer, wie in den Einkommen über 3000 M. Auch bei der Abgrenzung einer Gruppe 900 bis 1500 M. ist allerdings wieder die Thatsache zu konstatieren, daß diese den Hauptanteil an der prozentualen Vermehrung der Einzeleinkommen hat, nämlich 19,8 Proz., so daß für die Einkommen von 1500 bis 3000 M. nur 3,6 Proz. Vermehrung bleibt. Würde aber auch hier, was leider nicht geschieht, die Gesamtsumme der Einkommen angegeben, so würde sich wahrscheinlich zeigen, daß hier daselbe Verhältnis waltet wie bei der Scheidung unter und über 3000 M. Die zahlreichste Gruppe der kleineren Einkommen wird den geringsten Anteil an der Vermehrung der Gesamtsumme des Einkommens haben. Die Arbeit mit Prozentzahlen in der Statistik ist oft sehr irreführend, man muß auch die absoluten Zahlen kennen, die sich dahinter verdecken.

Die IX. Jahresversammlung des Centralverbandes der Orts-Krankenkassen im Deutschen Reich trat am Montag in Hamburg zusammen. Am Sonntagabend fand eine Vorbesprechung statt, in der das Bureau zur Leitung der Geschäfte auf Vorschlag von Fräulein Dresden in den Herren Steinmeyer-Leipzig, Spangenberg-Hamburg, Döbler-München, Eichstädt-Weimar, Hertel-Eisenstadt und Ahmann-Berlin gewählt wurde. Die ursprünglich erheblich geringer vorgesehene Geschäftszeit wurde auf Vorschlag von Brunner-Hamburg von 8-2 Uhr täglich festgesetzt, nachdem sich eine Reihe von Delegierten gegen das vom Lokalkomitee aufgestellte recht umfangreiche Vergütungsprogramm gewandt hatten.

Die Tagesordnung wurde, wie folgt, festgesetzt: 1. Bericht der geschäftsführenden Kasse (Leipzig) über die Thätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr. 2. Alkohol und Branntwein, Referent Dr. med. Paul Schenk-Berlin. 3. Fürsorge für Erholungsbedürftige, Referent Dr. Th. J. Kummel-Frankfurt a. M. 4. Arbeitslosen-Versicherung und Krankenlaffen, Referent Prof. Dr. W. Stinda-Leipzig. 5. Anträge und Verschiedenes. Zur Aufstellung einer Geschäftsordnung wurde eine Kommission von fünf Personen gewählt, die bis Montagmittag der Plenarversammlung einen Entwurf vorlegen soll.

Gegen die Kreuznacher Heidenkat. Aus Stuttgart wird uns gemeldet:

Der 96 Vereine umfassende Verband süddeutscher Konsumvereine beschloß am Sonntag in einer außerordentlichen Versammlung, die sich mit den Vorgängen auf dem allgemeinen Genossenschafts-Verbandsitag in Kreuznach beschäftigte, mit 50 gegen 7 Stimmen den Austritt aus dem allgemeinen Verband und die Gründung eines selbständigen Verbandes. Der eventuelle Eintritt zu dem neu zu gründenden Deutschen Konsumvereins-Verband bleibt vorläufig vorbehalten. Gegen den Austritt stimmten die Konsumvereins-Vertreter von Ulm, Immenstadt, Freiburg i. N., Karlsruhe, Pforzheim und München.

Der Kampf gegen die Konsumvereine in Lancashire.

London, 4. Oktober. Die englischen Konsumvereine sind frei von sozialistischen Reigungen, so daß auch Dr. Erüger seine Freude an ihnen haben könnte. Dennoch tobt gegenwärtig ein bitterer Konflikt zwischen den Krämer und den Genossenschaften. Der Kriegsschauplatz liegt in den industriell hochentwickelten Städten Lancashires: St. Helens, Bigan und Wadburn. Die Krämer und die noch vorhandenen Kleinbürger bilden Vereine zum Schutze des Privateigentums und boykottieren alle Genossenschaftsmittel. Bei der Gründung des Vereins zum Schutze des Privateigentums in St. Helens sagte der Vorsitzende: „Es handelt sich für uns um Tod und Leben. Wir kämpfen um unsere Existenz. Der Zweck unsres Vereins ist erstens, das Publikum über die Schädlichkeit des Genossenschaftswesens aufzuklären; zu diesem Zweck werden wir Agitationstouren im ganzen Lande veranstalten; zweitens, den Gesetzgebern nahe zu legen, daß die Krämer verhältnismäßig größere Steuerlasten tragen als die Genossenschaften; drittens, um eine politische Organisation zu haben und Vertreter unsrer Interessen ins Parlament und in alle lokalen Körperchaften zu senden.“ Dies ist indes nicht das erste Mal, daß in Großbritannien ein solcher Kampf tobt. In den Jahren 1894-99 hatten die schottischen Genossenschaften ähnliche Angriffe von den organisierten Kleinhändlern abzuwehren. Die Genossenschaftigen als Sieger aus dem Kampfe hervor. Der Konflikt in Lancashire fand deshalb einen lebhaften Widerhall in Schottland, wo das Organ der Krämer-Vereinigung die Krämer von St. Helens zur Ausdauer anfeuer, „damit sich die Schotten ein Beispiel an den Engländern nehmen.“ Das schottische Organ beschuldigt die Genossenschaften, daß sie nur zu dem Zwecke gegründet worden wären, um die Kleinhändler auszurotten.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. 500. Die Sitzungen der Parlamente sind öffentlich. Der Reichstag wird sich ohne Zweifel auf längere Zeit mit der Weltarbeit beschäftigen. N. C. Die Stadtdirektoren von Berlin beziehen keine Platten. S. Ruelen. Hamburg, Gänsemarkt 33.

Baumfall. Und wird von gewerkschaftlicher Seite geschrieben: Am Freitag, kurz vor Mittag, führte der Maurerlehrling Fritz Kumpelbach, Weisstr. 51 wohnhaft, aus der ersten Etage des Neubaus Rajarethstr. 43 herab. Der Bau wird von der Firma Käse ausgeführt. Er war damit beschäftigt, ein Schutzbild in der ersten Etage über dem Weitergang anzubringen. Infolge seiner Unkenntnis über den Zweck und die nötige Tragfähigkeit derartiger Schuttbilder benutzte er einen völlig faulen Keypiegel als Ausleger. Wie unter diesen Umständen nicht anders zu erwarten war, brach der Kegel ab und war schon beim Bau des Gerüsts, als er die Kegel mit Brettern belegen wollte. Er stürzte so unglücklich, daß er dabei beide Arme und zwei Rippen brach. Er wurde nach der Sanitätskammer und von hier nach dem Moabitischen Krankenhaus gebracht. Wenn schon der Bau solcher Klüftung überhaupt von geübten Maurern ausgeführt werden muß, so ist es geradezu unverantwortlich, daß Lehrlinge mit der Herstellung solcher Schutzbildern betraut werden.

Einbruch-Diebstahl. Sonntagmorgen zwischen 7-7^{1/2} Uhr haben Diebe die in der Mittelstr. 71-75 befindlichen Lagerräume der hiesigen Möbelfabrik Rudolf Barth, Oranienstr. 73, gewaltsam geöffnet und hierbei folgende Gegenstände gestohlen: 1 nussbaum Spiegel mit geschliffenem Glase, 1 nussbaum Pannelssofa mit zwei Satteltischen, 1 nussbaum Bettsofa, 1 nussbaum Tisch mit 2 Auszügen, eine hellnussbaum zweiflügeliger Kleiderkasten, wovon eine Tür mit Spiegelschilde versehen ist, 2 nussbaum Pannelsbettstellen im Oberteil 1 Kolette, 2 große nussbaum Kleiderkästen mit Aufschlüssen, Schubladen und Metallfüßen, 1 Küchenbuffett mit Zugschrauben. Die Diebe waren so frech, sich den Thorweg von dem Hauswächter öffnen zu lassen, um das mitgebrachte Fahrzeug auf den Hof herauszuführen. Die gestohlene Firma sichert demjenigen eine Belohnung von 50 M. zu, der ihm die Täter so nachweist, daß deren gerichtliche Verurteilung erfolgen kann.

Einen Kursus für Russisch haben die städtischen Behörden an der 9. städtischen Fortbildungsschule in der Prachtstr. 38 errichtet. Das Honorar für das Winterhalbjahr beträgt 4 M. Anmeldungen für Anfänger und Fortgeschrittene nimmt der Dirigent der Anstalt, Herr Vogel, entgegen.

Unentgeltliche Kurse in Elektrotechnik beginnen am Mittwoch, den 8. Oktober, abends 7^{1/2} Uhr, an der 7. städtischen Fortbildungsschule Gräffstr. 85. Die Teilnahme ist jedermann gestattet und bedingt keine Vorkenntnisse. Anmeldungen werden täglich abends im Amtszimmer Gräffstr. 85 entgegengenommen.

Dem Vorstande des Bundes der Bau-, Maurer- und Zimmermeister ist seitens des Berliner Magistrats die amtliche Aufforderung zugegangen, über die gegenwärtige Lage des Baugewerbes Bericht zu erstatten und sich besonders darüber zu äußern, ob die Beschäftigung von Arbeitspersonal, im Vergleich zu dem Vorjahre, eine größere oder geringere ist und ob zu erwarten steht, daß Arbeiterentlassungen in ungewöhnlicher, von normalen Jahren abweichender Höhe in den kommenden Wintermonaten bevorstehen. Da die städtische Beschleunigung der Antwort verlangt wurde, hat der Bundesvorstand auf Grund eigener Informationen einen Vorbericht an den Magistrat erstattet. Inzwischen soll durch ein Rundschreiben an die Innungsmitglieder statistisches Material für die genaue Beantwortung der Fragen gewonnen und einer für den 8. d. M. einberufenen Innungsversammlung die endgültige Beschlußfassung über die Entscheidung an den Magistrat vorbehalten werden.

Daß der Magistrat sich über den Umfang der Arbeitslosigkeit zu unterrichten sucht, ist in der Ordnung und bedeutet einen Schritt abwärts von der früher beliebigen Methode, den Notstand so ganz schamlos abzuleugnen. Hoffentlich beschränkt der Magistrat seine Umfrage nicht auf die Unternehmer, sondern zieht auch die Arbeiterorganisationen in Betracht. Diese sind in der Lage, dem Magistrat ebenso gut mit zuverlässigem Material dienen zu können, wie die Innungsverbände, und der Magistrat hat daher gewiß keine Ursache, die Arbeiterorganisationen als Lust zu betrachten.

Circus Busch ist wieder hier. Nicht ein jeder bringt der Pferdedressur und den Clowntänzen das richtige Verständnis entgegen; und wir selber müssen gestehen, daß uns die Geheimnisse der hohen Reitschule nur höchst ungenügend bekannt sind. Das hindert uns aber nicht, dem Treiben, das sich besonders in einer Eröffnungsfeier bei Busch entwickelt, mit gebührender Achtung zu begegnen. Je höher hinauf die Plätze liegen, je unwichtiger giebt sich in einer Premiere die Begeisterung kund, und es will uns zuweilen sogar scheinen, als ob sich in der mit Pferdeliebhabern begabten Bevölkerung Berlins regelrechte Parteien bilden. Im kaiserlichen Byzanz

war es ja wohl ebenso. Die Diskussionsrunde, die da von den oberen Rängen ertönt, wenn der Direktor eine ganz besondere Leistung vorgeführt hatte, rauschten wie Sturmwind über den weiten Raum, und nichts Neues war es, wenn Herr Busch sich einmal selber überboten hatte, daß eine kräftige Kritikstimme vom zweiten Platz das Faktum ansprach, nun sei Schumanns Ruhm vollends verdunkelt. Alles geht aber auch im Circus Busch ins Große, Raffige. In der Passendur sieht der Direktor seine Stärke; Stalmeister, Clowns, Palleidamen treten ebenfalls in kaum übersehbarer Menge auf, ja selbst die Kränzchen, die man dem Direktor nach dem ersten Auftreten darbringt, werden von ungefähr zwei Duzend Beamten herangeschleppt und füllen die Manege vom Anfang bis zum Niedergang. Es ist unmöglich, aus dem langen Programm alle hervorragenden Leistungen aufzuzählen, doch sei erwähnt, daß die Darbietungen so vielseitig sind, wie kaum zuvor, und jeder, der auch nur ein wenig von den Leistungen der Manege hält, auf seine Rechnung kommt. Als ganz besonders originelle Darbietungen heben wir die brenzenden Hengste des Herrn Povelts, die vom Direktor vorgeführten Springfische und die Drahtfische des Herrn Jun herab. Erst zu später Stunde war die Vorstellung zu Ende.

Vermißt wird seit Samstagabend der 60 Jahre alte Kaufmann Otto Steinauer aus der Melancthonstr. 6. Der Mann ist Eigentümer des Hauses Kesselftr. 42 und betreibt ein Handelsgeschäft mit Möbeln und allerhand anderen Sachen, die er bei Preissteigerungen und anderen Gelegenheiten einzukaufen pflegt. Am Samstagabend vormittag zog er gegen 10 Uhr einige Mieten ein und ging dann, wie er seinen Mietern sagte, nach Tegel, um Möbel zu kaufen. Da er stets etwas Einkaufsgeld in der Tasche trägt, so muß er mit den erhobenen Mieten über tausend Mark nach Tegel mitgenommen haben. Während Steinauer sonst von seinen Geschäftsgängen stets abends nach Hause kam, ist er von Tegel bisher noch nicht zurückgekehrt und hat auch noch nichts von sich hören lassen. Die Nachforschungen, die seine Angehörigen in Tegel nach ihm anstellen ließen, hatten keinen Erfolg. Ob er überhaupt dort angekommen ist, ließ sich nicht feststellen, da man nicht weiß, bei wem er die Möbel kaufen wollte. Die Angehörigen fürchten, daß ihm ein Unglück zugefallen sei. Der Vermißte ist 1,60 Meter groß, hat eine mittelkräftige Gestalt, graues Haar und einen grauen Schnurrbart und trägt einen hellen Sommerüberzieher, einen braunen Jackettanzug, einen schwarzen feinen Fäzhat und einen Kneifer.

Feuerbericht. Die Brandchronik der letzten beiden Tage ist eine ungewöhnlich reichhaltige, denn sie weist gegen 20 Alarmierungen auf. In der Nacht zum Montag wurde die Wehr nach der Schönhauser Allee 186a gerufen, wo gegen Witternacht in einer Wäuderei ein Feuer entzündet war, dessen Abkühlung indes bald erfolgen konnte. Längere Zeit hatte der 17. Zug am Sonntagmorgen mit der Löschung eines Brandes in der Jerusalemstr. 43 zu tun. Hier brannte im rechten Seitenflügel der Fußboden und die Balkenlage, sowie das Zwischengeßäß in großer Ausdehnung. Zur selben Zeit gingen in der Michaelstr. 43 Gardinen und Kleidungsstücke in einer Schlafstube in Flammen auf. Radmittags 4 Uhr wurde die erste Compagnie nach der Blumenstr. 8 gerufen, weil hier in einer Fabrik ein Feuer ausgebrochen war, das jedoch noch im Entstehen unterdrückt wurde. Möbel und Wäsche wurden kurz vorher in der Potsdamerstr. 10 II durch Feuer beschädigt. In der Köpenickerstr. 44 war gegen Abend in einer Klempnerwerkstatt ein Feuer entzündet, das Verpackungsmaterial ergriffen hatte. Viel Arbeit machte der Wehr ein Brand, der Sonntagabend in der Spanbauerstr. 62/63 durch die Heizung ausgebrochen war. Montag früh hatte in der Neuen Königstr. 50 allerlei Gerümpel und Verpackungsmaterial in einem Keller Feuer gefangen, während in der Wallner-Theaterstr. 28 Wäsche in einem Raum der Flammen wurden. In der Panikstr. 3b war in einem Sargmagazin ein Brand entzündet, der jedoch vom 13. Zuge bald beseitigt wurde. Risten, alter Hausrat etc. brannten in der Kaiser Wilhelmstr. 18b in einem Keller. Ferner hatte die Wehr noch Kellerbrände in der Gipsstr. 20, Kochstr. 3 und in der Alexanderstr. 30 abzulöschen. Wohnungsbrände, die in der Hauptstraße Möbel und Kleidungsstücke zerstörten, erfolgten in der Endenerstr. 44 und in der Spenerstr. 21. Außerdem hatte die Wehr noch Alarmierungen von der Großen Prandlauerstr. 67 und von der Vorkingstr. 27 zu verzeichnen. In beiden Fällen handelte es sich indes nur um geringfügige Anlässe.

Aus den Nachbarorten.
Lichtenberg. Der Eisenbahnstrecke hat sich den Grundbesitzern angeschlossen, die auf dem Alagewege ihre für Anlegung und Unter-

haltung der Bürgersteige verauslagten Kosten zurückverlangen. Die Gemeindevertretung läßt sich auf die Frage ein, nachdem der Vorsteher mitgeteilt hat, daß die Zahl der so um das Interesse der Gemeinde besorgten Besitzer, sich täglich mehrt. Und da sage noch einmal einer, daß die Besitzenden keine Vorrechte haben dürfen. Die Regierung hat der Gemeinde neben dem laufenden Beiträge einen Extrazuschuß von 6000 M. zu den Schullasten bewilligt und zwar in Rücksicht auf die durch das energische Eintreten der Socialdemokraten ermöglichte Vermehrung der Lehrsätze. — Auf Antrag der Socialdemokraten sollen die erstmalig erstatteten Beiträge der drei Schulärzte gedruckt den Gemeindebeamten zugehen.

In Treptow-Baumhauentweg findet die Erziehung zur Gemeindevertretung am Freitag, den 10. Oktober, nachmittags von 2-7 Uhr, im Restaurant Paradiesgarten statt. Kandidat der Socialdemokratie ist H. Gerlich. Unsere Gegner stehen sich in zwei Parteien gegenüber; auf der einen Seite die Koalition des Grundbesitzer- und des Kommunalvereins, auf der andern die des freimüthigen Volksvereins und des Bürgervereins. Eine Einigung ist noch nicht zu Stande gekommen; die Konserativen haben vielmehr den Reutier Schirmer als Kandidaten aufgestellt, der im März dieses Jahres, obgleich er damals auch Kandidat der Freimüthigen war, von 550 Stimmen ganze 65 auf sich vereinigte. Die Freimüthigen und Bürgervereiner haben sich auf den Kaufmann Lehner geeinigt; sie wollen, wie früher, es zu einer Stichwahl zwischen Socialdemokraten und Konservativen kommen lassen, um dann zum größten Teil konservativ zu stimmen. Welter sei, daß diese dieselben Herren sind, welche schon zur Landtagswahl um unsere Stimmen buhlen. Die Arbeiterschaft wird es aber als Ehrenpflicht betrachten, dem Genossen Gerlich schon im ersten Wahlgange zum Siege zu verhelfen; dazu ist allerdings nicht allein rastlose Agitation am Ort, sondern auch die Mithilfe der Berliner Parteigenossen erforderlich. Diese müssen alle Arbeitskollegen, welche in Treptow wohnen oder gewohnt haben, auf die Bedeutung der Wahl aufmerksam machen. Morgen, Mittwochabend, findet eine Flugblattverbreitung statt. Die Parteigenossen werden ersucht, sich im Restaurant Staffeld ihren Bezirksführern zur Verfügung zu stellen.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Offize (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll, und die letzte Abonementzahlung beizulegen. Fragen ohne solche Bezeichnung beantwortet und schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

6. 8. Die kleinen Wohnungen sind nach der Polizeiverordnung am 12. Uhr nachts, danach sind sie nicht bis 12 Uhr mittags, auch nicht bis 12 Uhr nachts, sondern bis zum Ablauf der ohne Glühbirne als Umkleekabine zu betrachtenden Zeit, also bis etwa 7 Uhr abends zu räumen. — **6. 8. 100.** 1. Reiz. 2. Ja. — **6. 8. 71.** Sie müssen bei der Polizei beantragen, die Herrschaft auszulassen. Sie wieder in Dienst zu nehmen, erst nach fruchtlosem auf Wiederannahme gerichteten polizeilichem Versuch können Sie auf volle Entschädigung klagen. Berichtigung des Zeugnisbuches müßte auch bei der Polizei beantragt werden. — **Charlottenburg 66. N. 10.** falls eine Beschwerde bei der Schulaufsichtsbehörde keinen Erfolg haben sollte. — **7. 13. 100.** Das können wir Ihnen nicht mitteilen. — **7. 72.** Für den Abschluß eines Mietvertrages genügt die mündliche Form. Es ist Uebereinstimmung über Einräumung des Gebrauchs und die Leistung einer Entschädigung erforderlich, wenn der Vertrag für länger als ein Jahr geschlossen ist oder wenn die Parteien die Stillschließung des Vertrags von einer schriftlichen oder anderen Form abhängig gemacht haben.

Griff. 2. 6. Gegen den Strafbefehl wären weitere Schritte zwecklos, die Frau und die Polizei nur in ihrem Fall im Recht. Wegen der übrigen von Ihnen angeführten Fälle, läßt sich leider nur durch Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft, öffentlicher Gerichtsverhandlung und Berichterstattung über diese vielleicht etwas erreichen.

Witterungsübersicht vom 6. Oktober 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (hohes mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Tag u. Nacht	Stationen	Barometer (hohes mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Tag u. Nacht
Swinemünde	765 D		4 wolkig	2		Haparanda	760 Still		0 kl. bed.	3	
Danzburg	762 D		3 bedeckt	4		Betersburg	766 B		1 Regen	4	
Berlin	761 D		3 Regen	3		Hort	760 KRD		3 wolkig	10	
Frankf. M.	758 D		2 bedeckt	8		Herrbeet					
Rimchen	758 D		2 Regen	7		Paris	759 D		2 bedeckt	9	
Wien	758 D		2 Nebel	8							

Wetter-Prognose für Dienstag, den 7. Oktober 1902.
Teilweise aufklarend, am Tage etwas wärmer, aber sehr veränderlich mit Regenfällen und frühen östlichen Winden.

Jedes Wort 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Anzeigenstellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinenhaus Große Franzfurterstr. 9, parterre. 1737

Diesjährige elegante Herren-Anzüge und **Valcolets** aus den modernsten Stoffen in guter Verarbeitung und Aufhaken von 18 bis 45 Mark. Julius Lindenbaum, Große Franzfurterstr. 141, Ecke Prachtstr. 1737

Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9 bis 12 Mark. Verkauf Samstag und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21. 12068

Reife (spottbillig) Luchiger Kochstr. 2, Koch u. Seeland. 17756

Weiße Herrenhüte, gute Qualität, Stück 96 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Ausfabrik, Comploir Kaiserstr. 25A, früher Barnimstr. 4 und 5. Sonntags geöffnet. 401

(29). Gardinenhaus Bernhard Schwaner, Rur Wallstr. 18378

Gardinenreste, spottbillig. Gardinenfabrik, Grüner Weg 80, parterre. Kein Laden. 18018

Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Spiegel, Bilder, Regulatoren, Kleiderstoffe (spottbillig) Lehmanns Kleiderstr. 6. Teppichhändler geklebt. 401

Nussbaummöbel beim Kalkulator Otto Lieber, Wödenstr. 25 (Kahnstößer am Andaler Bahnhof), Neben zum spottbilligen Verkauf: große Balken kleinere und größere Rechteckteppiche, gediegene neue, auch ganz wenig gebrauchte Einrichtungen, Pannelssofas, Salonarrangements, Säulenschemas, Salonbilder, Nussbaum-Bücher, Schreibtische, Salonkrone, Bücherschränke, Kuchentische, Tüllgardinen, Spachtelstühle, Steppdecken, Fortieren, Büchschubladen, verschiedene Gelegenheitskäufe, unentgeltliche Lagerung. 12878

Posterkappen, faubere, Hund 40 St., verkauft Handlung Berlin-Königsplatz Rosenhof, Spandauerstr. 47/48. Fernsprecher I 3614.

Herrenanzüge, Paletots, elegante Ausstattungen, geringe Teilsahlungen. Kurzeberg, Landsbergerstr. 13. 12158

Bettfedern, Ungarölager, Godecher Markt 1, erste Etage (kein Laden), empfiehlt auch Einzelverkauf doppelt-gemessener Bettfedern von 40 Pfennig an. Große Betten, vollständiger Stand von 11 Mark an; Beschäftigung ohne Kaufzwang. Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. 12158

Achtung, Brautleute. In Paul Surons Möbelfabrik, Neue Schönhauserstr. 2, bietet sich Brautleuten die günstigste Gelegenheit, vorzügliche Ausstattungen für 150, 200, 300, 500 bis 10.000 Mark einzulassen. Teilsahlungen gestattet. In meinen großen Kleidergeschäften, drei Etagen, habe stets eine große Auswahl aller Arten Möbel zum Verkauf. Durch Waffeneinfuhr, Erparung teurer Ladenmiete bin ich im Stande, ganz bedeutende Vorteile zu gewähren. Stets reichhaltiges Lager in verschieden gewesenen Räumen, welche spottbillig abgegeben werden. Nussbaum- oder Mahagoni-Kleiderstühle und Bettsofas 36 Mark, Korndorfschilde 22, Nussbaum-Kleiderschränke 35, Bettstellen mit Matrize und Matratzen 22, französische Nussbaum-Bettstellen mit Sprungfeder-Matrize und Matratzen 38, Kommoden 18, Spiegel 8, Säulenschemas 37, Divan mit Sitzauszug 35, Pannelssofa mit Satteltischen 85 Mark, Garnituren 90 Mark. Herren-Schreibtische, Garderoben-Schränke, Küchenmöbel, Beschäftigung ohne Kaufzwang. Geliebte Möbel können beliebige Zeit stehen bleiben und werden durch eigene Gespanne sauber transportiert und angeheftet; auch nach außerhalb. Nachdruck gratis und franco. 13618

Stühle billig, Stuhlager, Kottbuerstr. 4. 2106

Teppiche mit Farbenfehlern, Fabrikniederlage Große Franzfurterstr. 9, parterre. 1737

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vollständig 1,00. Ringelitz, Bobbin, Adler, Schnellnäher. Gebrauchte Teppiche, Reparaturen billig. Luchstr. 39, 2. Gesch. Bernauerstr. 47 B. 13898

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes in Teppichlager Brunn, Godecher Markt 4, Bahndorf Seite. 1195

Möbelverkauf. In meinen großen Kleidergeschäften, Oranienstr. 58, Reichplatz, stehen verschiedene Wohnungs-Einrichtungen, neue und verlebte, gewesene, zum schätzenswerten Kauf. Habe eigene Werkstatt, keine Laden, bin daher in der Lage, die Möbel äußerst billig zu verkaufen. Sofa 10, Spind 23, Pannelssofa 65, Truhen 40, Bettstelle mit Matrize 18, Sofa 12, hochlegante Ludwigsgarnitur 75, Teilsahlungen gestattet. 1195

Nähmaschinen zahlte bis 10 Mark jedem Käufer, der eine Nähmaschine auf Teilsahlungen kauft. Vorkasse: Brauer, Borchauerstr. 64. 7509

Teppichen billig! Große Franzfurterstr. 9, parterre. 1737

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vollständig 1,00, gebraucht 12,00. Ringelitzstr. 60/61, Landsbergerstr. 82. 191

Handelsgeschäft, flottes, wegen Krankheit veräußert. Austausch bei Bedarf. Oranienstr. 182. 711

Aquarium, elegantes, festbedecktes, mit Springbrunnen und Ständer, billig. Schröder, Prinzenstr. 94, Seitenflügel. 780

Teppichen (spottbillig). Fabrik, Weinstr. 20. 192

Gelegenheitskäufe: Paletots, Herren-Betten und Anzugsanzüge, Oden, Betten, Koffer, Opernpläne, Teppiche, Kleider, Revolver, Leihdinge, Musikwerke (spottbillig). Lude, Oranienstr. 131. 3925

Möbelverkauf liefert auf Teilsahlungen Möbel, Teppiche, Gardinen unter vollständigsten Bedingungen. Anzahlungen auf Jahre verteilt. Weber, Anstaltenstr. 35, nahe Chausseestrasse. 1949

Reisapparate, in 3 verschiedenen marne Stücken, Stück 4,50, Sebastianstr. 4. 4120

Betten, guter Stand, billig! Baumstr. 52 I, links. 2635

Betten, prachtvoll, zwei neue, ungenutzt! (spottbillig) Säulenschemenstr. 18/19, eine Treppe rechts. *

Goldschmied, Brillanten, Uhren, Ketten, Ringe, Regulatoren, Reizzeuge, Harmonika, Geigen, Silberne spottbillig. Lude, Oranienstr. 131.

Verschiedenes.

Unentgeltliche Kartierung, Rechtsbüro, Adalbertstr. 22. 25816

Rechtobureau, Teilsahlungen 45, Eingaben, Gesuche, Kartierung, Unentgeltlich unentgeltlich. 13298

Unfallkosten, Klagen, Eingaben, Reklamationen, Bürgen, Stetigkeitstr. 65. 29876

Kostenfreie zahnärztliche Behandlung, Zahnziehen, Zahnärztliche Poliklinik, Chausseestrasse 1a. 13328

Kunstlopererei von Frau Kolosch, Steinhilberstr. 48, Duergebäude hochparterre.

Brochäurelexikon und alle anderen Bücher, liefert Antiquariat Kochstr. 56, I. Unt VI. 3397. *

Reiseleitung! Wer sich über diese vorteilhafte Gesamtliste unter Zeit unterrichtet will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Reiseleitung, welche unentgeltlich versendet werden vom Berliner Verkehrsverein, Königgräberstr. 108. Um gültigen Abdruck wird gebeten. 1615

Zahl, Vereinsräume zu Vermietungen und Wohnungen noch frei! Kaiserstr. 10, Annahmest. 12598

Zahl, Fäbne, Vereinszimmer, Lichtenbergerstr. 31. 737

Vereinszimmer, Lenz, Alte Jakobstr. 69. 12788

Vereinszimmer, Bier, Alte Jakobstr. 119. 12928

Rechtobureau, Prozeßbeistand, Eingabengeseuche, Kartierung, Aufbruchstr. 13. 26256

75 Pfennige! Eingabengeseuche, Schandbuden, Straßfäden, Beschäftigungen, Anzeigenlagen, Unfallkosten, Zahlungsbelege, Kartierung, Bülton, Kaiserstr. 141. Sprechstunden von 9-9. 26416

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Schauspiel und Spezialitäten-Ensemble frei! Hugo Kufe, Einneminderstr. 122. 764

Buchdrucker, Annahme, 35, Schriftgewand, guter Rechner, sucht Beschäftigung bei beliebigen Anstalten. Waller, Fischerbrücke 12.

Jubiläer Buchdrucker, 41 Jahre, welcher nur Annahmestellen bezieht, sucht letzte Beschäftigung jeder Art. Seher, Wälderstr. 40, bei Schmidt.

Bücher Stillschreiber bietet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geliehen, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Anstaltenstr. 27, A. Glöser.

Stellenangebote.

Tüchtiger Kordmacher auf Kondoschiff findet sofort dauernde Beschäftigung bei Koefmann, Brückenstr. 2. 26326

Rahmenmacher verlangt Kristall, Kottbuerstr. 32. 26316

Farbmacher und Farbigenmacherin verlangt Ädulte, Oranienstr. 185. 26316

Gipsplatten, Kuller verlangt Eider, Kottbuerstr. 206. 1421

Gebirge Kartographen verlangen G. Heise, Wälderstr. 51. *

Nährerinnen auf beste Kinderstühle, in und außerhalb Hause, Schönp, Schleichstr. 20. 26306

Tüchtige Barod-Vergoldnerinnen können sich melden bei Neumann, Hennig u. Co., SO, Neuhofstr. 31. Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

20 Mannsch auf Paletots verlangt Heise, Oranienstr. 20, IV.

Mannsch auf müllere Steppdecken, Preis 2-2,20 Mark, werden das ganze Jahr beschäftigt bei Neumann, Kottbuerstr. 86. *

Mannsch auf glatte Stoff- und Futterdecken finden dauernde Beschäftigung bei Neumann, Kottbuerstr. 86. 13492

Arbeiterin Knabenjoppen, Paletots, Prof. Weidenweg 55. 26006

Im Arbeitsmarkt durch besondere Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Lichtige Juwelen- u. Perlenschnitter erhalten per sofort vorteilhafte Stellung. Aktioblogist Bernhard Hork, Mustersammelplatz 41, Stockholm (Schweden). 41/19

Achtung, Klavierarbeiter!

Die Pianofabrik von Ernst Koch & Co., Greifswalderstr. 155/156, ist wegen Lohnhöherungen bis auf weiteres geschlossen. Die Ortsverwaltung.

Achtung, Holzarbeiter!

Gelber sind folgende Werkstätten für Tischler, Einleger, Waldhauer, Arbeiter und Holzer:
A. Schulz, Kraussstr. 18/19.
Emmelsh, Diefenbachstr. 33.
Kübel u. Friedrichsen, Poststr. 43.
Kübel u. Friedrichsen, Poststr. 59.
Vur u. Engelbrecht, Gröber Ufer.
Wehner, Schleichstr. 58.
Die Ortsverwaltung.

Achtung Vergolder!

Die Speere über sämtliche Zwischenweier Berlin und Vororte dauert ununterbrochen fort. 226/14
Die Ortsverwaltung Berlin, R. u. G. Dehler.